

GESCHÄFTSBERICHT 2013

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Im Selbstverlag der Gesellschaft
KA Finanz AG
Türkenstraße 9, 1092 Wien
Tel.: +43 (0)1/310 06 06, Fax-DW: 404

Kommunikation & Marketing
info@kafinanz.at
Tel.: +43 (0)1/310 06 06

Investor Relations
investorrelations@kafinanz.at
Tel.: +43(0)1/310 06 06-645

www.kafinanz.at

Herstellung:

Grasl Druck & Neue Medien
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau
Gedruckt mit Farben ohne gefährlichen
Inhaltsstoffen auf 100%-Recyclingpapier

Gestaltung:

Czerny Plakolm Werbeagentur GmbH
Ungargasse 59 – 61, 1030 Wien



Dieses Produkt entspricht dem Österreichischen Umweltzeichen
für schadstoffarme Druckprodukte (UZ 24), www.fairprint.at.
Grasl Druck & Neue Medien, Bad Vöslau, UW-Nr. 715

Inhalt

Vorwort des Vorstands	4
Organe der Gesellschaft	6
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	13
Sonstige wesentliche Informationen	20
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	21
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	24
Zweigniederlassungen	24
Forschung und Entwicklung	24
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	25
Beteiligungen	25
Risikoberichterstattung	25
Internes Kontrollsystem	37
Compliance und Geldwäsche	39
Prognosebericht	40
Bericht des Aufsichtsrats	42
Einzelabschluss der KA Finanz AG für das Geschäftsjahr 2013	43
Bilanz der KA Finanz AG (nach BWG)	44
Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG (nach BWG)	46
Anhang zum Jahresabschluss der KA Finanz AG für das Geschäftsjahr 2013	47
Bestätigungsvermerk	76
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	78

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen den Geschäftsbericht 2013 der KA Finanz AG (KF) vorzustellen.

Das **Gesamtportfolio** wurde um EUR 5,1 Mrd. oder 35,5 % auf **EUR 8,8 Mrd.** reduziert. Durch weitere Abbaumaßnahmen im ersten Quartal hat sich das **Gesamtexposure** auf **derzeit EUR 7,2 Mrd.** verringert. Dies entspricht einer **Reduktion von 73,3 % des Ausgangsportfolios** von EUR 30 Mrd. zu Beginn der Restrukturierung Ende 2008. Durch den Portfolioabbau sowie in Folge von Marktverbesserungen haben sich die stillen Lasten im Geschäftsjahr um 46,1 % von EUR 1,7 Mrd. Ende 2012 auf EUR 920,5 Mio. per 31. Dezember 2013 reduziert. Das **UGB/BWG-Jahresergebnis** nach Steuern war im Geschäftsjahr 2013 **ausgeglichen** (2012: EUR -70 Mio.). Die **Bilanzsumme** hat sich zum 31. Dezember 2013 um 25,3 % von EUR 11 Mrd. auf **EUR 8,2 Mrd.** reduziert. Die KF konnte im Geschäftsjahr 2013 die verbesserten Märkte nutzen, um den Risikoabbau erfolgreich zu forcieren.

Kapitalmaßnahmen und Basel III

Die aus dem Portfolioabbau resultierenden Aufwendungen sowie die erhöhten **Kapitalerfordernisse für Basel III** wurden durch **zwei Gesellschafterzuschüsse** über EUR 200 Mio. im August (wie bereits im Halbjahresabschluss berichtet) sowie EUR 150 Mio. im Dezember gedeckt. Die Netto-Belastung der Republik aus diesen Zuschüssen, nach Berücksichtigung von EUR 35,2 Mio. Reduktion von Kapitalgarantien ohne Beanspruchung infolge von Wertaufholungen sowie EUR 39,0 Mio. während des Jahres geleisteten **Haftungsentgelten** von der KF, betrug EUR 273,3 Mio. Dies liegt nahe dem Budgetwert von EUR 250 Mio., welcher im Bundesbudget 2013 alleine für Basel III-Erfordernisse geplant war; jedoch ermöglichten diese Zuschüsse wesentlich über Budget liegende Risikoreduktionen. Insgesamt wurden bis Ende 2013 seitens der Republik Österreich **Eigenmittelzuschüsse** in Höhe von EUR 2,18 Mrd. geleistet, nach Abzug von EUR 662,3 Mio. bisher geleisteter **Haftungsgebühren**. Die erforderliche Kapitalausstattung der KF gemäß Basel III ist damit ebenso sichergestellt. Gemäß der per 1. Jänner 2014 geltenden **Basel III-Bestimmungen** betragen die **Eigenmittel** EUR 605,7 Mio. (**Eigenmittelquote** 16,3 %) und das **Kernkapital** EUR 403,6 Mio. bei einer **Tier 1-Ratio** von 10,8 %.

Portfolioabbau und -struktur

Das **Risikoportfolio** der KF zum 31. Dezember 2013 betrug EUR 8,8 Mrd.; davon lagen EUR 7,4 Mrd. bzw. 83,5 % im Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser, davon wiederum EUR 2,5 Mrd. bzw. 28,5 % im AAA/AA-Bereich). Die **Non-Performing-Loan-Ratio** lag bei niedrigen 1,7 %. Im Laufe des ersten Quartals 2014 konnte durch weitere Abbaumaßnahmen das CDS-Risiko, mit Ausnahme von EUR 471 Mio. Staatsrisiko Österreich und EUR 13 Mio. an eine italienische Provinz, vollständig eliminiert werden. Zudem wurde das Wertpapierportfolio im Geschäftsjahr 2013 um EUR 1,0 Mrd. reduziert.

Mit dem Portfolioabbau 2013 konnte das Portfolio-Konzentrationsrisiko wesentlich reduziert werden. Zum Ende des ersten Quartals bestehen außerhalb Österreichs **keine souveränen Einzelrisiken** über EUR 500 Mio. Dies stellt eine wesentliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren dar.

Liquidität

Die **Liquiditätssituation** der KF hat sich im Geschäftsjahr wesentlich verbessert. Dies resultiert vor allem aus dem reduzierten Portfolio sowie verringerten Collateralerfordernissen, verbunden mit einer allgemein verbesserten Marktlage infolge der von der Europäischen Zentralbank (EZB) 2012 getroffenen Maßnahmen (LTRO/Longer-Term Refinancing Operations und OMT/Outright Monetary Transactions). Insgesamt wurden bei einem Refinanzierungsvolumen von EUR 7,0 Mrd. EUR 3,8 Mrd. bzw. 55 % unabhängig von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Eigenbeitrag der KF zur Refinanzierung konnte damit deutlich erhöht werden.

Der **ausstehende Rahmen für Liquiditätsgarantien** der Republik Österreich beträgt zum Jahresultimo EUR 4,25 Mrd. und hat sich im ersten Quartal auf EUR 3,2 Mrd. reduziert. Darin enthalten sind eine EUR 3,0 Mrd.-Garantiefazilität der Republik Österreich für ein Commercial-Paper-Programm, welches der KF den Zugang zu diesem kostengünstigen Refinanzierungsmarkt sichert. Im Geschäftsjahr 2013 wurden EUR 1,1 Mrd. staatsgarantierte Anleihen, welche unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben wurden, ohne Garantiebeanspruchung getilgt; ebenso wurde eine derartige Anleihe über 1,0 Mrd. am 24. März 2014 ohne Beanspruchung zurückgezahlt. Daraus haben sich die aushaftenden Liquiditätsgarantien im ersten Quartal 2014 auf EUR 3,2 Mrd. reduziert. Weitere EUR 246,2 Mio. werden ohne Garantiebeanspruchung im Juni getilgt.

Ausblick

Die KF konnte im Geschäftsjahr 2013, in Abstimmung mit der Republik Österreich und der FIMBAG, die verbesserte Marktlage nutzen und Risikopositionen signifikant reduzieren. Bis zum Ende des ersten Quartals 2014 konnte das CDS-Exposure (mit Ausnahme von österreichischen Obligi und einem EUR 13 Mio.-Obligo einer italienischen Provinz) völlig eliminiert werden. Ebenso konnte das Konzentrationsrisiko durch die Reduktion souveräner Einzelrisiken unter EUR 500 Mio. signifikant reduziert werden.

Auch in Folge der verbesserten Refinanzierungssituation erwartet die KF für das Jahr 2014 erstmals seit 2008 ein im Wesentlichen ausgeglichenes Zinsergebnis. Insgesamt wird, unter Berücksichtigung der gut kontrollierten operativen Kosten, aber nach weiterhin anfallenden Haftungsgebühren an die Republik Österreich in budgetierter Höhe von EUR 27 Mio., wiederum ein negatives operatives Jahresergebnis für 2014 erwartet. Daher werden auch in Zukunft keine Ausschüttungen an bestehende Genussrechte erfolgen; dies entspricht der Ad-hoc-Meldung der KF vom 17. November 2009 gemäß § 48d Börsegesetz; diese Meldung ist nach wie vor aufrecht.

Auch Namens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses möchte ich mich beim Aktionär, Aufsichtsrat und Marktpartnern für die Unterstützung und positive Zusammenarbeit während des letzten Jahres herzlich bedanken. Der Vorstand dankt ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den wiederum engagierten Einsatz im Geschäftsjahr unter herausfordernden Bedingungen. Die KF wird sich den gestellten Aufgaben auch in Zukunft weiterhin mit hohem Engagement widmen.



Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Mag. Alois Steinbichler

Vorstandsvorsitzender
Seit 7. November 2008

Dr. Helmut Urban

Mitglied des Vorstands
Seit 1. September 2013

Mag. Andreas Fleischmann

Mitglied des Vorstands
Vom 1. Februar 2009 bis 31. August 2013

Aufsichtsrat

KR Dr. Klaus Liebscher

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Seit 8. Jänner 2009
Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG) und
ehemaliger Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)

KR Adolf Wala

Vorsitzender-Stellvertreter
Seit 8. Jänner 2009
Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG) und
ehemaliger Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)

Dir. Mag. Werner Muhm

Seit 8. Jänner 2009
Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer

DI Herbert Paierl

Seit 8. Jänner 2009
Selbständiger Unternehmer

Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Pichler

Seit 28. Mai 2013
Professor für Banken und Finanzwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien

Dir. Mag. Georg Schöppl

Von 8. Jänner 2009 bis 27. Mai 2013
Mitglied des Vorstands der Österreichischen Bundesforste AG

Franz Hofer, MSc (vom Betriebsrat entsandt)

Seit 8. September 1998

Brigitte Kulovits (vom Betriebsrat entsandt)

Seit 19. Oktober 2013

DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)
Vom 1. Juli 2004 bis 18. Oktober 2013

Mag. Marc Schimpel (vom Betriebsrat entsandt)
Seit 19. Oktober 2013

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)
Vom 1. Jänner 2000 bis 18. Oktober 2013

Staatskommissär

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger
Staatskommissär, Bundesministerium für Finanzen,
Abteilungsleiter Sektion II Budget
Bis 28. Februar 2014

Mag. Wolfgang Nitsche
Staatskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen

Mag. Andrea Delfauro-Bischof, MA
Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen
Seit 1. August 2013

Dr. Heinrich Traumüller
Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen
Bis 31. Juli 2013

Mag. Wolfgang Nitsche
Regierungskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einer zunächst schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu Jahresbeginn 2013, verzeichnete das weltweite Wirtschaftswachstum im weiteren Jahresverlauf eine Belebung. Ausschlaggebend dafür war das zurückkehrende Vertrauen in den Industrieländern, insbesondere in den USA und der Euro-Zone, welches bei diesen zu steigender inländischer und ausländischer Nachfrage führte. Zudem blieb das Wachstum der Schwellenländer weitgehend stabil, trotz gegen Jahresende aufkommender Unsicherheiten auf den Finanzmärkten. Für die Euro-Zone hieß dies, dass sie ab dem zweiten Quartal 2013 wieder in die Wachstumszone zurückkehrte. Im Gesamtjahresvergleich fiel das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) mit -0,4 % noch negativ aus. Die auf europäischer Ebene einsetzende Konjunkturerholung war im Spätsommer 2013 auch in Österreich spürbar; Haupttreiber des Wachstums waren die Nettoexporte. Für das Gesamtjahr 2013 wird in Österreich ein Wachstum von +0,3 % erwartet. Für die USA wird ein Wirtschaftswachstum von 1,9 % prognostiziert.

Die sich erholende Konjunktur der Industrieländer spiegelte sich dort auch am Arbeitsmarkt wider. Am amerikanischen Arbeitsmarkt sank die Arbeitslosenquote 2013 von 7,9 % auf 6,7 %. In Europa konnte die Dynamik des Anstieges der Arbeitslosigkeit gebremst werden; diese verblieb in der Euro-Zone zwar auf einem hohen Niveau von 12,0 %, der starke Anstieg des Vorjahres konnte jedoch verhindert werden. Erfreulich sind weiterhin die österreichischen Arbeitsmarktdaten. Nach Berechnungen von Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) verfügt Österreich per Dezember 2013 mit 4,9 %, jedoch bei steigender Grunddynamik, über die niedrigste Arbeitslosenquote der Europäischen Union (EU).

Für das Jahr 2014 prognostiziert die EU-Kommission ein Wachstum im Euro-Raum von 1,2 %; für Österreich von 1,5 %. Für die USA wird ein Wachstum von 2,9 % erwartet. Diese grundsätzlich positive Entwicklung ist derzeit noch fragil, eine nachhaltige Wirtschaftserholung ist weiterhin mit Unsicherheit behaftet. Die Lage des Finanzsystems ist wesentlich verbessert, bleibt jedoch angespannt. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen nimmt nur langsam zu; aufgrund hoher Schuldenstände bleiben die Spielräume der öffentlichen Haushalte nach wie vor eingeschränkt.

Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 standen die Maßnahmen der Zentralbanken im Fokus der globalen Finanzmärkte. Während die Europäische Zentralbank (EZB) im ersten Halbjahr hinsichtlich weiterer expansiver geldpolitischer Maßnahmen moderat agierte, beflügelte die gelockerte Geldpolitik Japans und die anhaltenden Wertpapierkäufe der US-Notenbanken (FED) die Märkte. Die globalen Aktienindizes erreichten mehrjährige Höchststände bzw. Allzeithochs (Dax, Dow Jones); auch die Anleihenmärkte profitierten von niedrigen Risikoprämien.

Im Sommer 2013 kam es am amerikanischen Markt zu einer geldpolitischen Trendumkehr. Im Juni 2013 signalisierte die FED aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den USA erstmals den schrittweisen Rückzug aus der expansiven Geldpolitik bzw. den „Quantitative Easing“-Maßnahmen. Zwischen Dezember 2013 und Jänner 2014 reduzierte die FED in zwei Schritten die monatlichen Anleiheankäufe von USD 85 Mrd. um USD 20 Mrd. auf USD 65 Mrd. Das vollständige Auslaufen des Programms wird nunmehr mit Ende 2014/Anfang 2015 signalisiert.

Während die FED den Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik begann, verdeutlichte die EZB in der zweiten Jahreshälfte mit der Einführung einer Forward Guidance und weiteren Zinssenkungen ihre Bereitschaft, auch weiterhin über eine expansive Geldpolitik positiv auf die europäischen Finanzmärkte einwirken zu wollen. Nach einer Leitzinssenkung von 0,75 % auf 0,5 % im Mai 2013 wurde, als Reaktion auf überraschend schwache

Inflationsdaten, rückläufiger Kreditnachfrage und geringerem Wirtschaftswachstum, der Leitzins im November neuerlich von 0,5 % auf 0,25 % reduziert. Im Jänner 2014 äußerte die EZB, bei zunehmenden Spannungen an den Geldmärkten und weiter sinkenden Inflationsraten auch weitere Zinsschritte in Erwägung zu ziehen. Der vergleichbare Leitzinssatz der US-Notenbank, die Federal Funds Rate, liegt weiterhin unverändert auf dem Rekordtief von 0,0 % bis 0,25 %.

Durch die restriktivere Geldpolitik der USA sowie die Stabilisierung der Euro-Zone kam es zu neuen Verschiebungen des globalen Gleichgewichtes. Während die Euro-Zone Mittelzuflüsse verbuchen konnte, führte die Straffung der US-Geldpolitik auch zu einem Rückzug der Anleger aus den Schwellenländern (z. B. Türkei, Indien, Südafrika, Brasilien). Die Kapitalabflüsse brachten die nationalen Währungen der Schwellenländer unter Druck. Um den Abfluss von ausländischem Kapital zu reduzieren, reagierten diese Notenbanken mit Leitzinserhöhungen.

Der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar verblieb auf relativ hohem Niveau; nach einem Euro/US-Dollar-Kurs von 1,33 zu Jahresbeginn lag der Kurs zu Jahresende 2013 bei 1,38. Während das kurzfristige Zinsniveau 2013 auf niedrigem Niveau relativ stabil blieb, waren die langfristigen Zinssätze durch steigende Basissätze ab der zweiten Jahreshälfte gekennzeichnet. Der 10-jährige Euro-Swapsatz stieg von 1,55 % zu Jahresbeginn auf 2,15 % zum Jahresende 2013 und lag Ende Februar 2014 wieder bei 1,86 %. Die langfristigen US-Renditen (10-jährige US-Staatsanleihen) sind 2013 von 1,86 % zu Jahresbeginn auf 3,03 % zu Jahresende gestiegen und lagen Ende Februar 2014 bei 2,65 %.

Stabilisierungsmaßnahmen der EU

Die bereits Mitte 2012 begonnene Stabilisierung der Euro-Zone hat sich im Jahr 2013 fortgesetzt. Im Juli 2012 hatte EZB-Chef Mario Draghi angekündigt, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz des Euros zu setzen. Dies spiegelte sich im angekündigten Anleihekaufprogramm „Outright Monetary Transactions“ (OMT) wider: Länder, die unter Rettungsprogrammen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stehen, können darunter Anleihen mit einer Restlaufzeit von ein bis drei Jahren in unbegrenztem Umfang an die EZB verkaufen. Während keine tatsächlichen Ankaufaktionen unter dem OMT stattfanden, sind alleine durch die Ankündigung die Renditen von Anleihen der Euro-Peripherieländer seither deutlich gesunken.

Nachdem im März 2013 ein kontroversiell diskutiertes EU-Hilfsprogramm für Zypern in der Höhe von EUR 10 Mrd. bereitgestellt wurde und damit der Finanzierungsbedarf Zyperns bis 2016 gedeckt sein sollte, sorgten der konjunkturelle Aufwind und das Ausbleiben weiterer größerer Krisen im zweiten Halbjahr für eine weitere Entspannung in der Euro-Zone. Generell konnten stark exponierte Länder wie Portugal, Spanien, Italien und Irland einen überzeugenden Fortschritt in ihrer Rückkehr auf die Kapitalmärkte erzielen. Irland und Spanien haben im Dezember 2013 den Euro-Rettungsschirm verlassen. Für Griechenland wird 2013 erstmals wieder ein Primärüberschuss erwartet.

Als eine weitere Maßnahme zur Stabilisierung der Euro-Zone gilt die Vorbereitung einer europäischen Bankenunion. Dieser bei der EZB angesiedelte einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus oder „Single Supervisory Mechanism“ (SSM) wird zukünftig als neues Aufsichtsorgan für alle Banken in der Eurozone fungieren, insbesondere für die 128 taxativ definierten Großbanken; betreffend kleinerer und mittlerer Banken kann es zu einer Rückdelegation an die lokalen Aufsichtsbehörden kommen. Zusätzlich wurde mit dem einheitlichen Mechanismus zur Bankenabwicklung („Single Resolution Mechanism“ – SRM) ein gemeinsames Abwicklungsgremium sowie ein gemeinsamer Abwicklungsfond („Single Resolution Fund“ – SRF) definiert. Dem SRM unterstehen ebenfalls die 128 bestimmten Großbanken, die von der EZB direkt überwacht werden, sowie alle grenzüberschreitend tätigen Banken und Banken, die den SRF beanspruchen. Der Fonds soll ab 2016 etabliert und in den folgenden acht Jahren über eine Bankenabgabe zunächst in nationalen Einheiten auf in Summe EUR 55 Mrd. dotiert werden. Er soll zur strukturierten Abwicklung von Banken in Notlage herangezogen werden.

Österreichs Stabilitätsprogramm

Am 23. Mai 2013 hat der Nationalrat das Bundesfinanzrahmengesetz 2014 bis 2017 beschlossen. Die Haushaltskonsolidierung hat darin deutliche Priorität. So werden die in den Konsolidierungspaketen 2010 und 2012 gesetzten Maßnahmen in den Jahren 2012 bis 2016 fortgeführt. Die derzeit gültigen Obergrenzen der Budgetrubriken und Untergliederungen werden beibehalten und bis 2017 weitergeschrieben. Von 2012 bis 2017 sollen die Einnahmen um EUR 12,9 Mrd. oder 19,5 % steigen, die Ausgaben um EUR 5,7 Mrd. oder 7,8 %. Im Jahr 2016 soll ein strukturell ausgeglichenes Budget erreicht werden, 2017 ein Überschuss von 0,2 % des BIP. Die Schuldenquote soll von derzeit 74,4 % des BIP (ca. 80 % unter Berücksichtigung der geplanten Hypo Alpe Adria Abwicklungsgesellschaft) bis 2017 schrittweise auf 67 % gesenkt werden.

Für die Legislaturperiode 2014 bis 2018 wurde ein struktureller Konsolidierungsbedarf von kumuliert EUR 18,44 Mrd. ermittelt. Zudem wird mit einem Aufwand von zusätzlich EUR 5,8 Mrd. (kumuliert 2014/2018), die für das Maastricht-Defizit wirksam sind, aus Zuschüssen an notverstaatlichte Banken gerechnet.

Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmenszweck

Die KA Finanz AG (KF) ging zum 28. November 2009 aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) hervor und ist deren Rechtsnachfolgerin. Auf Basis eines von der Europäischen Wettbewerbskommission am 31. März 2011 genehmigten Restrukturierungsplanes ist die KF für den strukturierten Abbau des nicht strategischen Portfolios der KA alt zuständig. Dabei stehen der fokussierte Risikoabbau bei angestrebter Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing) im Fokus der Tätigkeiten der KF. Eine aktivseitige Ausweitung des Geschäftsvolumens findet nicht statt; die Refinanzierung der bestehenden Aktiva erfolgt in erster Linie über besicherte und unbesicherte Commercial-Paper-Emissionen, Kundeneinlagen sowie besicherte Geldmarktgeschäfte (Repos).

Geschäftsverlauf 2013

Unter Nutzung der verbesserten Marktlage infolge der ab Mitte 2012 gesetzten Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) konnte die KF im Jahr 2013 den fokussierten Risikoabbau erfolgreich fortsetzen und entsprach damit den oben genannten Zielsetzungen.

Das risikorelevante Portfolio wurde um EUR 5,1 Mrd. oder 35,5 % auf EUR 8,8 Mrd. reduziert. In Folge sank auch die Bilanzsumme im Laufe des Jahres 2013 erstmals unter EUR 10,0 Mrd. und beträgt zum 31. Dezember 2013 EUR 8,2 Mrd.

Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 wurden, ausgehend von einem Risikoportfolio von EUR 30 Mrd., insgesamt EUR 20,3 Mrd. bzw. 67,5 % des Risikoportfolios der KF bis 31. Dezember 2013 abgebaut. Diese Risikoreduktion liegt wesentlich über den Budgetwerten.

Das Konzentrationsrisiko konnte vor allem in den Peripherieländern reduziert werden. Per 31. Dezember 2013 lag, neben Österreich, nur noch Italien mit einem Risiko aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen über der EUR 500 Mio.-Grenze (31.12.2012: sechs Risiken über EUR 500 Mio. zuhöchst). Das risikorelevante CDS- und Haftungsexposure wurde bis zum 31. Dezember 2013 um EUR 4,0 Mrd. oder 67,4 % auf EUR 2,0 Mrd. reduziert. Im Laufe des ersten Quartals 2014 konnte das Risiko im CDS-Portfolio in der Folge (mit Ausnahme von EUR 471 Mio. Staatsrisiko Österreich und EUR 13 Mio. an eine italienische Provinz) vollständig abgebaut werden. Zudem wurden das Wertpapierportfolio im Geschäftsjahr 2013 um EUR 0,7 Mrd. aktiv reduziert, weitere EUR 0,3 Mrd. durch planmäßige Tilgungen.

Nachfolgende Tabelle zeigt den Abbau der Risikopositionen seit Ende 2008²⁾, gegliedert nach Tilgung und Verkauf sowie nach Risikokategorien:

Abbau der Risikopositionen seit November 2008 in EUR Mio.	2008/2009 ¹⁾	2010	2011	2012 ³⁾	2013	Summe 2008 bis 2013
Wertpapiere – Verkauf	516	964	1.513	895	662	4.550
Darlehen – Verkauf	0	115	539	90	58	802
CDS – Verkauf	2.183	20	108	2.894	4.003	9.208
Summe Verkauf	2.699	1.099	2.160	3.878	4.723	14.560
Wertpapiere – Tilgung	635	560	609	758	254	2.816
Darlehen – Tilgung	870	816	203	130	77	2.096
CDS – Fälligkeiten	298	202	40	173	74	787
Summe Tilgung	1.803	1.578	852	1.061	405	5.699
Summe Verkauf/Tilgung	4.502	2.677	3.012	4.939	5.129	20.259
Gesamtexposure (Jahres-/Monatsende)	30.000 / 27.299	24.667	19.039	14.463	8.831	
davon Wertpapiere/Darlehen	15.200 / 13.630	12.480	9.108	7.520	6.243	
davon CDS	12.200 / 10.737	11.100	9.286	6.185	2.013	
davon Sonstige (Geldmarkt/Derivate)	2.600 / 2.932	1.087	645	758	575	
UGB-Bilanzsumme	n.a. / 17.657	16.492	14.901	10.970	8.194	
Stille Last ³⁾	n.a.	-2.769	-3.105	-1.707	-920	

1) für 2008/2009 abgebaute Nominalwerte

2) ohne Effekte aus PSI Griechenland

3) aus Wertpapier-, Darlehens- und CDS-Exposures sowie Absicherungsderivaten (Wert 2010 exkl. Darlehen)

Das Gesamtexposure hat sich im ersten Quartal 2014 in Folge weiterer Abbaumaßnahmen auf EUR 7,2 Mrd. reduziert; von diesem Exposure sind EUR 0,9 Mrd. bzw. 13,1 % österreichische Risiken.

Dank der deutlichen Reduktion der Konzentrationsrisiken verfügt die KF zum 31. Dezember 2013 über ein stabiles Risikoportfolio mit einem kapitalgewichteten Durchschnittsrating von A- (Skalierung nach Standard & Poor's). Die grundsätzlich gute Qualität der Risikopositionen spiegelt sich auch in der Performance des Risikoportfolios wieder. So kam es während der Berichtsperiode zu keinen Kreditausfällen. Die Non-Performing-Loan (NPL)-Ratio (Ausfallsdefinition gemäß Basel III) zum 31. Dezember 2013 liegt weiterhin niedrig bei 1,7 %. Durch die Ausrichtung des Portfolios auf souveräne europäische Risiken ist jedoch weiterhin eine Korrelation des Portfolios mit der weiteren Stabilisierung der europäischen Haushalte gegeben.

Die Abdeckung der Abbaukosten von insgesamt EUR 214,9 Mio. (inkl. EUR 91,1 Mio. Drohverlustrückstellung für erwarteten Aufwand aus CDS-Abbau 2014) erfolgte 2013 im Wesentlichen über Gesellschafterzuschüsse der Republik Österreich. Im August 2013 leistete die Republik Österreich einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von EUR 200 Mio. zur Abdeckung des durch die geänderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen von Basel III (d. h. CRR I und CRD IV) erhöhten Kapitalbedarfs. Zusätzlich wurde im Dezember 2013 ein EUR 150 Mio. Gesellschafterzuschuss gewährt, im Wesentlichen, um die Abbaukosten aus dem CDS-Portfolio zu decken. Vertragsgemäß wurden die Gesellschafterzuschüsse in Höhe des sonst anfallenden Jahresverlustes 2013 als ertragswirksamer Aufwandszuschuss verwendet. Für den für 2014 erwarteten Aufwand für den zum Bilanzstichtag noch ausstehenden CDS-Abbau wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von EUR 91,1 Mio. gebildet, sodass keine weiteren Zuschüsse für Portfoliomaßnahmen zu erwarten sind.

Zudem wird ein Restbetrag von EUR 17,4 Mio. bis zum Abschluss der CDS- Abbaumaßnahmen als passiver Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz ausgewiesen. Das UGB/BWG-Jahresergebnis nach Steuern im Geschäftsjahr 2013 war dementsprechend ausgeglichen (2012: EUR -70,7 Mio.).

Abbau des CDS-Portfolios

Im Jahr 2013 wurde das verbesserte Marktumfeld im ersten und zweiten Quartal zum Abbau von zunächst EUR 1,9 Mrd. CDS, vor allem in den Peripheriestaaten, genutzt. Im Vordergrund stand dabei wiederum die bewusste Reduktion von Konzentrationsrisiken, vor allem in den Peripherieländern, sowie der Abbau unter Marktdruck stehender Bonitäten wie beispielsweise Slowenien, Ungarn und insbesondere Zypern.

Im vierten Quartal verblieb somit ein CDS-Portfoliostand von EUR 4,3 Mrd. Die verbesserte Marktlage wurde in Folge für eine weitere massive Risikoreduktion des CDS-Portfolios im vierten Quartal 2013 und ersten Quartal 2014 im Ausmaß von EUR 3,8 Mrd. genutzt: Zum Zeitpunkt der Berichtslegung verblieb ein CDS-Exposure von EUR 0,5 Mrd.; dieses referenziert mit EUR 471 Mio. auf die Republik Österreich sowie mit EUR 13 Mio. auf eine italienische Provinz.

Insgesamt wurden somit seit Anfang 2013 bis zum ersten Quartal 2014 EUR 5,9 Mrd. CDS abgebaut.

Länderrisiko Griechenland

Das nach den Umschuldungs- und Restrukturierungsmaßnahmen des Jahres 2012 verbliebene Portfolio an Forderungen gegenüber griechischen Gemeinden in Höhe von EUR 58,2 Mio., die per 31. Dezember 2012 voll von der Republik Österreich verbürgt waren, konnte in Folge der verbesserten Marktlage mit 14. November 2013 vollständig verkauft werden. Hierbei wurde eine Werterholung von EUR 24,7 Mio. zugunsten der Republik Österreich (Reduktion der Bürgschaft ohne Ziehung) realisiert. Nach Verkauf des griechischen Gemeindeportfolios verfügt die KF über keine souveränen griechischen Risiken.

Gesamtportfolio der KF zum 31. Dezember 2013

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 belief sich das risikorelevante Portfolio der KF auf ein Gesamtvolumen von EUR 8,8 Mrd.; davon waren EUR 5,5 Mrd. Wertpapiere, EUR 0,8 Mrd. Darlehen sowie EUR 2,0 Mrd. CDS/Haftungen (netto nach Absicherungshedges). Insgesamt hat das Portfolio der KF ein durchschnittliches Rating von A- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch). EUR 7,4 Mrd. bzw. 83,5 % des Gesamtportfolios waren dabei im Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser); EUR 2,5 Mrd. bzw. 28,5 % im AAA/AA-Bereich. Die NPL-Ratio (Ausfallsdefinition gemäß Basel III) beträgt weiterhin niedrige 1,7 %.

Die geografische Konzentration des Gesamtexposures gegenüber dem Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich) reduzierte sich in Folge der Abbaumaßnahmen 2013 von 50,8 % auf 45,2 %; auf die restlichen EU-Staaten (vor allem Großbritannien und CEE) entfielen 25,4 %. Das Exposure in sonstigen Staaten von 29,4 % war zu 19,8 % den USA und Kanada zuzurechnen.

Wertpapiere und Darlehen in Höhe von EUR 6,2 Mrd. waren zu 82,7 % im Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser) und 22,4 % im AAA/AA-Bereich geratet; 63,5 % des Wertpapier- und Darlehensportfolios waren dem EU-Raum zuzuordnen, davon 35,7 % den EU-17 sowie 27,8 % den restlichen EU-Staaten. Auf sonstige Staaten entfielen 36,5 % des Wertpapier- und Darlehensexposures; dabei war mit 25,4 % der Großteil dieses Exposures den USA und Kanada zuzurechnen sowie 2,5 % Nicht-EU Europa.

Das risikorelevante CDS- und Haftungsexposure belief sich zum Stichtag auf EUR 2,0 Mrd. (EUR 1,9 Mrd. CDS sowie EUR 0,1 Mrd. Haftungen). Davon waren 81,3 % dem Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser) sowie 54,0 % dem AAA/AA-Bereich zuzuordnen. Geografisch waren 88,3 % EU-Staaten zuzuordnen, wobei 77,5 % auf den EU-17 Euro-Währungsraum und weitere 7,6 % auf sonstige EU-Staaten entfielen. Auf Staaten mit EU-Stützungsmaßnahmen entfielen EUR 535,5 Mio. oder 26,6 %.

Durch weitere Abbaumaßnahmen im ersten Quartal 2014 wurde das CDS-Exposure auf EUR 0,5 Mrd. reduziert; dieses referenziert mit EUR 471,1 Mio. auf die Republik Österreich sowie mit EUR 13,0 Mio. auf eine italienische Provinz.

Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen:

Partner in EUR 1.000	Exposure per 31.12.2013	Anteil	davon Zentralstaat	davon Gebietskörperschaften	davon staatsgarantiert	davon Wertpapiere	davon CDS / Haftungen	davon Darlehen
1 Italien ¹⁾	626.231	7,1%	446.161	180.069	0	494.540	131.691	0
2 Österreich	582.182	6,6%	474.188	0	107.995	107.995	474.188	0
3 Polen	455.536	5,2%	455.536	0	0	455.536	0	0
4 Portugal ²⁾	398.202	4,5%	371.862	26.340	0	153.639	224.529	20.034
5 USA	307.366	3,5%	0	307.366	0	307.366	0	0
6 UK	278.370	3,2%	0	278.370	0	20.654	0	257.715
7 Ungarn	265.526	3,0%	265.526	0	0	184.541	80.985	0
8 Spanien ²⁾	264.128	3,0%	237.569	26.558	0	142.569	95.000	26.558
9 Irland ²⁾	263.398	3,0%	263.398	0	0	100.912	162.486	0
10 Zypern ²⁾	241.508	2,7%	76.155	0	165.353	32.648	43.507	165.353
Summe Top 10	3.682.446	41,7%	2.590.395	818.703	273.348	2.000.402	1.212.384	469.660
Gesamt-Portfolio	8.831.423	100,0 %	4.392.933	1.062.824	355.209	5.488.082	2.012.816	754.493

1) Im Rahmen der Abbaumaßnahmen im ersten Quartal 2014 wurde das souveräne Obligo gegenüber Italien auf EUR 410,3 Mio. reduziert.

2) unter EU-Stützungsmaßnahmen

Von den zehn größten Risikogruppen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen von EUR 3,7 Mrd. entfallen EUR 2,4 Mrd. oder 64,5 % auf die Euro-Zone. Darin enthalten ist ein Obligoanteil von EUR 1,2 Mrd. oder 13,2 % des Gesamtportfolios an Staaten unter europäischen Stützungsmaßnahmen. Das Konzentrationsrisiko konnte vor allem in den Peripherieländern reduziert werden, per 31. Dezember 2013 gab es mit Italien und Österreich nur noch zwei Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen über EUR 500 Mio. Im Rahmen der Abbaumaßnahmen im ersten Quartal 2014 wurde auch das souveräne Obligo gegenüber Italien auf EUR 410,3 Mio. reduziert. Zum 31. Dezember 2012 bestanden noch sechs Risiken über EUR 500 Mio., davon eines über EUR 800 Mio., zwei über EUR 700 Mio. sowie zwei über EUR 600 Mio. Ende 2010 waren noch zwölf souveräne Risiken mit einem Obligo über EUR 500 Mio. ausstehend, davon zwei über EUR 1 Mrd.

Die KF hat in Ländern unter EU-Stützungsmaßnahmen kein signifikantes Bankenobligo. Dieses beträgt in diesem Raum zum 31. Dezember 2013 insgesamt EUR 42,2 Mio., davon wurden EUR 30,5 Mio. oder 72,3 % im ersten Quartal 2014 getilgt.

Stille Lasten

Per 31. Dezember 2013 betragen die stillen Lasten, d. h. der Unterschied zwischen Buch- und Marktwerten, EUR 920,5 Mio. (davon EUR 785,0 Mio. aus Wertpapieren inkl. Mikro-Hedges, EUR 90,8 Mio. aus Zinsabsicherungsderivaten, EUR 45,3 Mio. aus dem Darlehensportfolio sowie EUR 0,6 Mio. stille Reserven aus CDS/ Haftungen). Neben der Umsetzung der beschriebenen Abbaumaßnahmen hat 2013 auch die positive Marktentwicklung zu einer deutlichen Reduktion der stillen Lasten im Jahresverlauf geführt. Der Wert der stillen Lasten per 31. Dezember 2012 betrug EUR 1,7 Mrd.

Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich für die KF seit Verstaatlichung

Unter Berücksichtigung aller getroffenen Maßnahmen sind seitens der Republik Österreich bis 31. Dezember 2013 netto EUR 2.178,7 Mio. an kapitalwirksamen Unterstützungsmaßnahmen wie folgt geleistet worden:

Überblick Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich (kumulativ) in EUR Mio.	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Kapitalisierungsvereinbarung vom 17.11.2009 mit Besserungsschein	1.140,1	1.137,1	1.093,2
Gesellschafterzuschüsse / Bundesbürgschaft	1.140,4	825,6	860,8
Kapitalerhöhung 2011	389,0	389,0	389,0
Summe brutto	2.669,5	2.351,7	2.343,0
Geleistete Haftungsentgelte KF 2008 – 12/2013	-662,3	-623,3	-540,0
Rückflüsse des Bundes aus Haftungsentgelten 2008 – 12/2011	210,0	210,0	210,0
Haftungsentgelte der KA - Besserungsscheinstruktur 2009 – 7/2013	-38,5	-33,4	-23,4
Summe netto	2.178,7	1.905,0	1.989,6

Der durch die geänderten Anforderungen von Basel III (d. h. CRR I / „Single Rule Book“ und CRD IV) erhöhte Kapitalbedarf im Jahr 2013 wurde durch einen Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich im Ausmaß von EUR 200 Mio. im August 2013 abgedeckt. Die KF kann somit die neuen Kapitalanforderungen voll erfüllen. Zusätzlich wurde im Dezember 2013 ein EUR 150 Mio.-Gesellschafterzuschuss gewährt, um im Wesentlichen die Abbaukosten aus dem CDS-Portfolio zu decken.

Die eigenkapitalrelevante Bürgschaft der Republik Österreich, welche zum 31. Dezember 2012 EUR 82,3 Mio. betrug, konnte durch Wertaufholung bei Abbaumaßnahmen um EUR 35,2 Mio. ohne Beanspruchung bei gleichzeitiger Ziehung von EUR 41,4 Mio. auf EUR 5,7 Mio. zum 31. Dezember 2013 reduziert werden. Dadurch und unter Berücksichtigung der geleisteten Haftungsentgelte betrug die Gesellschafterunterstützung 2013 insgesamt netto EUR 273,3 Mio.

Aus der im Rahmen der Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit im Jahr 2009 geleisteten Besserungsscheinbürgschaft stehen der Republik Österreich zum Stichtag 31. Dezember 2013 zukünftige Jahresüberschüsse bzw. zukünftige Liquidationserlöse im Ausmaß von EUR 1.190,7 Mio. bis zur vollständigen Bedienung dieses Besserungsrechts vorrangig vor sonstigen Genussrechten und Eigenkapitalinstrumenten zu.

Haftungsentgelte an die Republik Österreich

Die KF hat bis zum 31. Dezember 2013 insgesamt EUR 662,3 Mio. Brutto-Haftungsentgelte seit der Übernahme durch die Republik Österreich geleistet. Nach Abzug der von der Republik Österreich bis Ende 2011 geleisteten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 210,0 Mio. ergeben sich Netto-Haftungsentgelte von EUR 452,3 Mio. Die 2013 von der KF geleisteten Haftungsentgelte von insgesamt EUR 39,0 Mio. ergaben sich aus EUR 17,1 Mio. für Emissionsgarantien, EUR 15,1 Mio. für das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm sowie EUR 6,8 Mio. für die kapitalwirksame Bundesbürgschaft der Republik Österreich; dies reflektiert eine Garantiegebühr von 10 % p. a. des aushaftenden Nominales.

Haftungsentgelte KF / KA alt in EUR Mio.	Summe 2008 bis 2012	2013	Summe 2008 bis 2013
Bürgschaften (inkl. ursprünglicher aktivseitiger Bürgschaft und Besserungsscheinbürgschaft)	346,8	6,8	353,7
Emissionsgarantien	227,8	17,1	244,8
Commercial-Paper-Garantie	22,8	15,1	37,9
Provisionen für Clearingbank-Linie ¹⁾	15,1	0,0	15,1
ELA-Garantie	10,8	0,0	10,8
Summe KF	623,3	39,0	662,3
Restrukturierungsbeiträge des Bundes	210,0	0,0	210,0
Summe netto KF	413,3	39,0	452,3

1) ab 28.2.2011 nicht mehr beansprucht

Für das Jahr 2014 sind nach Reduktion der Bundesbürgschaft und dem Auslaufen weiterer Liquiditätsgarantien Haftungsentgelte im Ausmaß von EUR 27,2 Mio. budgetiert.

Liquiditätsmaßnahmen der Republik Österreich

Im Jahr 2013 wurden EUR 1,1 Mrd. verbleibende Anleihen, welche nach dem IBSG unter Garantie der Republik Österreich begeben wurden, plangemäß und ohne Beanspruchung getilgt. Damit verblieben zum 31. Dezember 2013 aushaftende Liquiditätsgarantien im Ausmaß von EUR 4,2 Mrd.; darin enthalten waren EUR 3 Mrd. Garantierahmen für das Commercial-Paper-Programm der KF, welches gegenüber sonstigen Refinanzierungsquellen (Kapitalmarkt, Repos etc.) einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der Finanzierungsstruktur der KF beiträgt und somit im Interesse der Gesellschaft sowie der Eigentümer und damit letztendlich der Steuerzahler liegt.

Nach planmäßiger Bedienung einer weiteren EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierten Anleihe mit Fälligkeit 24. März 2014 betragen die verbleibenden Liquiditätsgarantien EUR 3,2 Mrd. Verglichen mit dem Höchststand zum Jahresende 2010 von EUR 9,3 Mrd. hat sich das liquiditätsrelevante Garantievolumen damit um EUR 6,1 Mrd. bzw. 65 % ohne Beanspruchung reduziert. Weitere EUR 246,2 Mio. staatsgarantierte Anleihen werden bis Mitte Juni 2014 fällig, womit sich der bestehende Garantierahmen bis Mitte 2014 auf EUR 3,0 Mrd. reduzieren wird.

Liquiditätsgarantien in EUR Mio.	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.3.2014	30.6.2014
IBSG-Garantien ¹⁾	0,0	8.514,7	7.547,2	4.547,2	2.297,2	1.246,2	246,2	0,0
Clearingbanklinie	0,0	0,0	1.750,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
FinStaG-Garantien	5.300,0	0,0	0,0	2.500,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0
Summe	5.300,0	8.514,7	9.297,2	7.047,2	5.297,2	4.246,2	3.246,2	3.000,0

1) gem. Fremdwährungskursen zum Emissionszeitpunkt

Für ausstehende Liquiditätsgarantien erhält die Republik Österreich in Abhängigkeit von Laufzeit und Währung der zugrundeliegenden Refinanzierung ein jährliches Entgelt zwischen 0,70 % und 1,27 %.

Rating

Die KF verfügt von der Ratingagentur Fitch über ein langfristiges Rating von A+ und ein Kurzfrist-Rating von F1+. Von Standard & Poor's besteht ein langfristiges Rating von A und ein kurzfristiges Rating von A-1. Das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm wird von Standard & Poor's mit A-1+ und von Fitch mit F1+ bewertet. Sämtliche Ratings haben einen stabilen Ausblick.

Basel III (CRR I und CRD IV)

Das Europäische Parlament und die irische Ratspräsidentschaft haben sich im Rahmen der Trilogverhandlungen im März 2013 zu den Umsetzungsdetails von CRR I / „Single Rule Book“ und CRD IV geeinigt; diese wurden im Juni 2013 durch das Europäische Parlament beschlossen und im Amtsblatt der Europäischen Union (EU) veröffentlicht. Die CRD IV wurde in Österreich mit einer BWG-Novelle sowie der Novellierung einer Reihe anderer Finanzmarktgesetze umgesetzt und vom Nationalrat sowie vom Bundesrat beschlossen. Die entsprechenden Neuregelungen wurden mit 7. August 2013 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Damit sind die entsprechenden Regelungen zu Basel III seit 1. Jänner 2014 anwendbar.

Die KF erfüllt per 1. Jänner 2014 sämtliche Basel III-Kapitalerfordernisse. Auf Basis der risikogewichteten Aktiva von EUR 3,3 Mrd. war die KF unter Basel II zum 31. Dezember 2013 mit Eigenmitteln von 19,1 % und Tier-1 Kapital von 12,4 % ausgestattet. Nach den seit 1. Jänner 2014 geltenden Bestimmungen zu Basel III beträgt die Eigenmittelquote 16,3 % und die Common Equity Tier 1-Ratio 10,8 %. Die KF kann damit den erhöhten Kapitalanforderungen gemäß CRR deutlich entsprechen.

Änderungen im Vorstand

Mit Aufsichtsratssitzung vom 13. August 2013 wurde Dr. Helmut Urban zum Mitglied des Vorstands für die KF bestellt. Dr. Urban folgt Mag. Andreas Fleischmann nach, der von Februar 2009 bis August 2013 Mitglied des Vorstands war. Das Mandat von Dr. Urban begann mit 1. September 2013 und läuft bis November 2016. Dr. Urban verfügt über eine langjährige, auch internationale Bankerfahrung mit führenden Positionen in Wien und London. Zuletzt war Dr. Urban Sprecher des Vorstands der Semper Constantia Privatbank AG.

Sonstige wesentliche Informationen

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen KA und KF

Die KA Finanz (KF) verfügt über keine eigene Back-Office-Infrastruktur, sondern bezieht die erforderlichen operativen Leistungen über ein Service Level Agreement (SLA) von der Kommunalkredit Austria (KA). Aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung sind mit Stichtag 31. Dezember 2013 15 Mitarbeiter/innen der KA ausschließlich für die KF tätig. Diese sind für das Portfoliomanagement, Risikomanagement und die Organisation der Gesellschaft verantwortlich. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten zwischen KA und KF. Über die Einhaltung der Regelung wird regelmäßig dem Aufsichtsrat berichtet; für interessenkonfliktgeneigte Geschäfte ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich.

Corporate Governance und Risikomanagement

In der KF besteht eine detaillierte und stringent befolgte Corporate Governance- und Risikomanagement-Struktur.

Aufsichtsrat

Im Jahr 2013 wurden insgesamt fünf ordentliche Aufsichtsratssitzungen, eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung und zwei Prüfausschusssitzungen sowie, entsprechend den Vorgaben des novellierten BWG, eine Vergütungsausschusssitzung abgehalten. Mit Wirkung vom 1. Jänner 2014 wurden ein Nominierungsausschuss sowie ein Risikoausschuss gemäß § 29 bzw. 39 der BWG-Novelle vom 5. Juli 2013, mit der die Anforderungen der CRD IV zu Basel III in Österreich umgesetzt wurden, eingerichtet.

Vorstand / Interne Revision / Compliance

Es werden wöchentlich Vorstands- sowie Creditsitzungen mit Beschluss-, Berichts- und Follow-Up-Agenden abgehalten. Die Interne Revision berichtet monatlich an den Vorstand und quartalsweise direkt an den Aufsichtsrat. Compliance berichtet quartalsweise an den Vorstand und einmal jährlich direkt an den Aufsichtsrat.

ICAAP

Die Risiko- und ICAAP-Methoden der Bank werden plangemäß jährlich überprüft; in einem monatlichen Risk Management Committee werden zudem Markt-, operationelle sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Rechtsverfahren

Die KF erwartet keine Belastung aus laufenden Rechtsverfahren. Details zu den Rechtsverfahren finden sich unter Punkt 7.5 des Anhangs.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz AG nach UGB

Ausgewählte Bilanz-Ertragskennzahlen in EUR Mio.	2013	2012
Bilanzsumme	8.194,2	10.969,5
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	3.782,4	4.488,2
Forderungen an Kreditinstitute	1.760,8	2.860,9
Forderungen an Kunden	2.301,1	2.764,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.576,9	2.975,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.076,4	6.463,8
Zinsergebnis	-13,2	-43,5
Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien	-39,0	-83,3
Verwaltungsaufwand	-16,7	-15,6
Betriebsergebnis	-67,6	-173,6
Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen	-264,9	103,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-332,5	-70,3
Außerordentliches Ergebnis	332,6	0,0
Jahresergebnis nach Steuern vor Rücklagenbewegung	0,0	-70,7
Bilanzverlust (inklusive Verlustvortrag)	-156,5	-156,5

Unternehmenskennzahlen in EUR Mio. bzw. %	2013	2012
Risikogewichtete Aktiva (in EUR Mio.)	3.256,3	4.872,7
Eigenmittelerfordernis (in EUR Mio.)	260,5	391,3
Eigenmittel (in EUR Mio.)	622,9	639,6
Eigenmittelquote 31.12.2013 (Basel II)	19,1%	13,1%
Eigenmittelquote 1.1.2014 (Basel III)	16,3%	n. a.
Kernkapital-Tier 1 (Common Equity Tier 1) (in EUR Mio.)	403,6	403,6
Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1) 31.12.2013 (Basel II)	12,4%	8,3%
Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1) 1.1.2014 (Basel II)	10,8%	n. a.

Rating (alle Ratings mit stabilem Ausblick)	2013	2012
Langfristig Fitch / S&P / Moody's	A+ / A / n. a.	A+ / A / n. a.
Kurzfristig Fitch / S&P / Moody's	F1+ / A-1 / n. a.	F1+ / A-1 / n. a.

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der KA Finanz (KF) betrug zum 31. Dezember 2013 EUR 8,2 Mrd. (31.12.2012: EUR 11,0 Mrd.). Dies entspricht einer Reduktion im Vergleich zum Vorjahr um EUR 2,8 Mrd. oder 25,3 %. Der Rückgang der Bilanzsumme ist vor allem auf niedrigere Collateralerfordernisse infolge von Portfolio reduktionen sowie Marktverbesserungen (EUR 1,0 Mrd.), bilanzwirksame Portfolioabbaumaßnahmen und Tilgungen (EUR 1,0 Mrd.) sowie geringere Liquiditätsbestände (EUR 0,4 Mrd.) zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute betragen zum 31. Dezember 2013 EUR 1,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 2,9 Mrd.); die Forderungen an Kunden beliefen sich auf EUR 2,3 Mrd. (31.12.2012: EUR 2,8 Mrd.). Auf Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen entfielen EUR 3,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 4,5 Mrd.).

Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten (vor allem CDS-Sell-Positionen) reduzierten sich um EUR 4,6 Mrd. auf EUR 2,6 Mrd.; dies entspricht einer Reduktion von 64,4 % im Vergleich zum 31. Dezember 2012. Unter Berücksichtigung von Absicherungen in Form von CDS-Buy-Transaktionen beträgt das Netto-CDS-Obligo zum 31. Dezember 2013 EUR 1,9 Mrd. (31.12.2012: EUR 6,0 Mrd.), weitere EUR 0,2 Mrd. waren Haftungen.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel nach Kapitalmaßnahmen

Zum 31. Dezember 2013 betrug der Eigenmittelbestand der KF EUR 622,9 Mio. (31.12.2012: EUR 639,6 Mio.), das Kernkapital belief sich auf EUR 403,6 Mio. (31.12.2012: EUR 403,6 Mio.). Auf Basis der risikogewichteten Aktiva von EUR 3,3 Mrd. (31.12.2012: EUR 4,9 Mrd.) ergab sich somit, nach Auflösung von EUR 4,9 Mio. § 57 Abs. 1 Vorsorge im Jahr 2013 und bereits in Erwartung höherer Kapitalerfordernisse unter Basel III, eine Eigenmittelquote von 19,1 % (31.12.2012: 13,1 %) und eine Tier 1-Ratio von 12,4 % (31.12.2012: 8,3 %).

Die obigen Kapitalkennzahlen resultieren aus den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG, wobei zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva der Standard-Ansatz zur Anwendung kommt. Für operationales Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

Nach den seit 1. Jänner 2014 geltenden Bestimmungen zu Basel III sowie den damit geänderten Risikogewichten beträgt die Eigenmittelquote 16,3 % und die Common Equity Tier 1-Ratio 10,8 %.

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Dem Restrukturierungsplan entsprechend verfolgt die KF das Ziel, die Refinanzierung mit höchstmöglichem Eigenbeitrag und unabhängig von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen darzustellen. Dabei liegt der Fokus auf kurzfristigen Refinanzierungen.

• Eigenbeitrag zur Refinanzierung

Zum 31. Dezember 2013 verfügte die KF über ein Refinanzierungsvolumen (ohne Eigenmittel) von insgesamt EUR 7,0 Mrd. (31.12.2012: EUR 9,5 Mrd.). Dabei wurden EUR 3,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 4,6 Mrd.) bzw. 55 % (31.12.2012: 49 %) unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Eigenbeitrag konnte durch den Ausbau des ungarantierten Commercial-Paper-Programms im Verhältnis zum Refinanzierungsvolumen deutlich erhöht werden. Nach planmäßiger Bedienung einer weiteren EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierten Anleihe mit Fälligkeit 24. März 2014 betragen die verbleibenden Liquiditätsgarantien EUR 3,2 Mrd. und werden sich in weiterer Folge bis Mitte 2014 auf EUR 3,0 Mrd. reduzieren.

• Kurzfristige Refinanzierungen

Der Schwerpunkt der Refinanzierungstätigkeiten der KF lag auf kurzfristigen Refinanzierungen, womit die KF den Parametern des Restrukturierungsplans entsprach. Insgesamt waren zum Stichtag EUR 5,2 Mrd. (31.12.2012: EUR 6,4 Mrd.) kurzfristigen Refinanzierungen, bestehend aus Commercial Papers, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen sowie Geldmarkteinlagen, zuzuordnen. An langfristigen Refinanzierungsmitteln (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) waren per 31. Dezember 2013 EUR 1,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 3,1 Mrd.) aushaftend.

Die Refinanzierungsstruktur entwickelte sich wie folgt:

Refinanzierungsstruktur in EUR Mrd.	31.12.2013	31.12.2012
Verbriefte Verbindlichkeiten	5,1	6,5
davon staatsgarantiert	3,1	4,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,6	3,0
davon Geldmarktrefinanzierung inkl. EZB-Tender und Repo	1,4	2,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,4	0,4

Die Refinanzierungskosten werden durch laufende Zinserträge, aus zum Teil sehr niedrig verzinsten Aktiva, nicht gedeckt.

Ertragslage

Das UGB/BWG-Jahresergebnis nach Steuern war im Geschäftsjahr 2013 ausgeglichen (2012: EUR -70,7 Mio.). Das Betriebsergebnis verbesserte sich dabei um EUR 106,0 Mio. auf EUR -67,6 Mio. (2012: -173,6 Mio.); darin sind geleistete Haftungsentgelte an die Republik Österreich in Höhe von EUR 39,0 Mio. (2012: EUR 83,3 Mio.) enthalten. Das negative Betriebsergebnis und der GuV-Aufwand aus der Nutzung günstiger Marktgelegenheiten für Risikoabbaumaßnahmen, insbesondere im CDS-Portfolio, wurden durch Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich kompensiert.

Die wesentlichen Faktoren des Ergebnisses 2013 waren wie folgt:

- *Zinsergebnis*

Das Zinsergebnis hat sich im Jahr 2013 verbessert, verblieb jedoch mit EUR -13,2 Mio. (2012: EUR -43,5 Mio.) negativ. Die Verbesserung ist auf signifikant reduzierte Refinanzierungsvolumina (infolge von Portfolioabbau und niedrigeren Collateralerfordernissen) sowie auf geringere Liquiditätskosten, v. a. infolge der EZB-Zinspolitik, zurückzuführen.

- *Provisionsergebnis*

Das Provisionsergebnis (vor Haftungsentgelten) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR -13,8 Mio. (2012: EUR -18,0 Mio.) und enthielt im Wesentlichen Gebühren aus CDS-Verträgen, wobei der Aufwand aus Absicherungsverträgen die Erträge aus Protection Sell-Transaktionen übertraf.

- *Haftungsentgelte an die Republik Österreich*

Im Jahr 2013 wurden Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien an die Republik Österreich von gesamt EUR 39,0 Mio. (2012: EUR 83,3 Mio.) geleistet, wovon EUR 17,1 Mio. Emissionsgarantien, EUR 15,1 Mio. staatsgarantierten Commercial Papers und EUR 6,8 Mio. Haftungsentgelten für übernommene Bürgschaften durch die Republik Österreich zuzurechnen waren.

- *Verwaltungsaufwand*

Der Verwaltungsaufwand der KF betrug 2013 EUR 16,7 Mio. (2012: 15,6 Mio.). Ein wesentlicher Bestandteil des Verwaltungsaufwandes sind die Dienstleistungen der KA aus dem Service Level Agreement in Höhe von EUR 10,2 Mio. (2012: EUR 9,9 Mio.). Der Anstieg des Verwaltungsaufwands 2013 im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus erhöhten Rechtsgebühren.

- *Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen*

Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen war 2013 aufgrund von Aufwendungen für Portfolioabbaumaßnahmen negativ und betrug EUR -264,9 Mio. (2012: EUR +103,2 Mio.). Dies reflektiert vor allem den Aufwand für den beschleunigten Abbau des CDS-Portfolios, unter Nutzung der verbesserten Marktlage. Dabei ist der für 2014 erwartete Aufwand für den noch ausstehenden CDS-Abbau mit einer Drohverlustrückstellung in Höhe von EUR 91,1 Mio. bereits berücksichtigt.

- *Außerordentliches Ergebnis*

Die Republik Österreich leistete im August 2013 einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von EUR 200 Mio. zur Abdeckung des aufgrund von Basel III (CRR und CRD IV) erhöhten Kapitalbedarfs. Zusätzlich wurde im Dezember 2013 ein EUR 150 Mio. Gesellschafterzuschuss gewährt, um die Abbaukosten aus dem CDS-Portfolio zu decken. Vertragsgemäß wurden die Gesellschafterzuschüsse in Höhe des sonst anfallenden Jahresverlustes 2013 im Ausmaß von EUR 332,6 Mio. als Aufwandszuschuss im außerordentlichen Ergebnis ertragswirksam ausgewiesen. Der Restbetrag von EUR 17,4 Mio. wird bis zum Abschluss der CDS-Abbaumaßnahmen als passiver Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz ausgewiesen.

Das Jahresergebnis nach Steuern zum 31. Dezember 2013 ist ausgeglichen. Es ist die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber; aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2014 keine Zinszahlung auf das Ergänzungskapital erfolgen. In Folge der Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 besteht in der KF kein Partizipationskapital mehr. Entsprechende Mitteilungen gemäß § 48d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert und bleiben weiterhin gültig.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter/innen

Per 31. Dezember 2013 waren im Rahmen einer mit der Kommunalkredit Austria (KA) geschlossenen Arbeitskräfteüberlassung 15 Mitarbeiter/innen (exkl. Vorstand) ausschließlich in der KA Finanz (KF) tätig; davon vier Frauen und elf Männer. Darüber hinaus besteht ein Service Level Agreement zwischen der KF und der KA, im Rahmen dessen die KF operative Leistungen aus der KA bezieht. Diese werden auf Basis detaillierter Aufzeichnungen drittparteifähig als Sachkosten verrechnet. Entsprechende, von den Organen und der Aufsicht genehmigte Regelungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten bestehen.

Kommunikation

2013 stand die intensive und umfassende Information der Kunden, Marktpartner und Mitarbeiter/innen der KF im Fokus der Kommunikationsmaßnahmen. Umfangreiche Informationsgespräche zum Status und zur Entwicklung der Bank wurden mit Marktpartnern, Ratingagenturen und weiteren Stakeholdern geführt.

Zweigniederlassungen

Die KA Finanz (KF) verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Forschung und Entwicklung

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Tilgung EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierte Anleihe

Die EUR 1,0 Mrd. staatsgarantierte Anleihe mit Fälligkeitstermin 24. März 2014 wurde plangemäß getilgt. Damit haben sich die aktuell aushaftenden Liquiditätsgarantien der Republik Österreich von EUR 4,2 Mrd. per 31. Dezember 2013 auf EUR 3,2 Mrd. per Ende März reduziert. Weitere EUR 246,2 Mio. staatsgarantierte Anleihen werden bis Juni 2014 fällig.

Beteiligungen

Die KA Finanz (KF) verfügt über keine Beteiligungen. Die vormalige Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB) wurde plangemäß am 18. September 2010 mit der KF verschmolzen und der Bankbetrieb geschlossen.

Risikoberichterstattung

Überblick

Das primäre Geschäftsziel der KA Finanz (KF) ist das Management und der Abbau des nicht strategischen Portfolios der ehemaligen Kommunalkredit vor der Spaltung, unter bestmöglicher Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich sowie möglichst umfangreicher Realisierung von Wertaufholungspotenzialen und Sicherung der Liquidität. Aktives Portfoliomonitoring zur frühzeitigen Erkennung von Risiken, aktives Portfoliomanagement sowie aktives Liquiditätsmanagement gehören daher zu den Kernaufgaben der KF.

Organisation

Die Verantwortung für das Risikomanagement, insbesondere die Festlegung der Risikostrategie, sowie die adäquate Messung, Steuerung und Begrenzung der Risiken liegt beim Vorstand der KF sowie dem Risk Officer der KF.

Die gesamtheitliche Steuerung und Begrenzung der Risiken erfolgt im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Risk Management Committees (RMC). Zusätzlich zum RMC werden wöchentlich und im Bedarfsfall öfter tagende Ausschüsse etabliert, insbesondere das Kreditkomitee, in welchem die Portfolioüberwachung und risikorelevante Portfoliomaßnahmenplanung konzentriert sind, sowie das Asset-Liability-Committee (ALCO) für das operative Liquiditäts-, Zins- und Kapitalmanagement.

Operativ und administrativ wird das Risikomanagement der KF durch Dienstleistungen, insbesondere die Erstellung von Limit- und Risikoreports und Portfolioanalysen, unterstützt, die über das SLA von der KA bezogen werden.

Spezifische Risiken der KF

Folgende Risiken werden in der KF im Einzelnen überwacht:

- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Operationelles Risiko

Die Position der KF gegenüber diesen Risikoarten sowie ihre jeweilige Strategie zur Messung, Überwachung und Steuerung werden im Folgenden beschrieben.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KF unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallsrisiko, Konzentrationsrisiko und Länderrisiko.

Das Kreditrisikomanagement der KF baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- Die aktive Überwachung des Kreditrisikos zählt zu den Kernaufgaben der KF als Abbaubank.
- Die Entwicklung der bestehenden Kreditrisiken wird laufend überwacht.
- Die Rückführung des Portfolios erfolgt entweder durch Tilgungen zum Laufzeitende, durch Verkäufe bei Erreichen des bzw. Annäherung an den ermittelten wahren wirtschaftlichen Wert oder durch frühzeitigen Abbau zur Vermeidung erwarteter Kreditrisiken oder zur Verringerung von Konzentrationsrisiken. Im Jahr 2013 stand insbesondere letzteres, also der Abbau von Konzentrationsrisiken, im Fokus der Geschäftstätigkeit. Auf die gegebene Kapitalausstattung ist dabei zu achten; entsprechende Entscheidungsschritte werden dokumentiert.

Ratingverfahren

Für die überwiegende Mehrzahl an Kreditnehmern verfügt die KF über Ratings durch externe Ratingagenturen (Moody's, Standard & Poor's, Fitch), die laufend überwacht und aktualisiert werden. Für alle anderen Kunden wird mindestens einmal jährlich auf Basis der letzten Bilanzzahlen ein internes Rating erstellt. Über eine interne Ratingskala (Masterskala) sind sowohl externen als auch internen Ratings Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Masterskala wird regelmäßig hinsichtlich ihrer Prognosegüte von Zahlungsausfällen überprüft und gegebenenfalls auf Basis eingetretener unerwarteter Verluste angepasst.

Damit können alle Kreditexposures vollständig nach Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden.

Kreditexposure

Das risikorelevante Kreditexposure entspricht für den On-Balance-Bestand, insbesondere für Wertpapiere und Darlehen, dem Buchwert (inklusive Zinsabgrenzungen). Für Credit Default Swaps (CDS) entspricht das Kreditexposure dem Nennwert abzüglich Kreditrisikovorsorgen, für Derivate dem positiven Marktwert zuzüglich laufzeit- und produktspezifischer Add-On-Faktoren; CDS und Derivate gehören zum Off-Balance-Bestand.

Bei der Besicherung der Kreditengagements werden finanzielle und persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) berücksichtigt. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren das bestehende Exposure. CDS-Hedges, die laufzeitkonform sind und für die es eine Nettingvereinbarung gibt, reduzieren das bestehende CDS-Exposure ebenfalls. Beim Vorliegen von sonstigen persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird dabei je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt.

Per 31. Dezember 2013 beträgt das Kreditexposure der KF EUR 8,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 14,5 Mrd.) verteilt auf 356 Partner. Davon entfallen EUR 5,5 Mrd. (31.12.2012: EUR 6,6 Mrd.) auf Wertpapiere (Anleihen), EUR 2,0 Mrd. auf CDS und Haftungen (31.12.2012: EUR 6,2 Mrd.) und EUR 0,8 Mrd. auf Darlehen (31.12.2012: EUR 0,9 Mrd.). Im Jahr 2013 wurden Risikopositionen durch Tilgungen und Verkäufe im Ausmaß von EUR 5,1 Mrd. bzw. 35,5 % abgebaut, seit Ende 2008 beläuft sich die gesamte Reduktion der Risikoposition damit auf EUR 20,3 Mrd. oder 67,5 % des Ausgangsportfolios von EUR 30 Mrd. Das CDS- und Haftungsportfolio wurde seit Ende 2008 bis zum 31. Dezember 2013 um EUR 10,2 Mrd. bzw. 83,5 % reduziert, nach weiteren Abbaumaßnahmen im ersten Quartal 2014 verblieb zum Zeitpunkt der Berichtslegung ein CDS-Exposure von EUR 0,5 Mrd.; dieses referenziert mit EUR 471,1 Mio. auf die Republik Österreich sowie mit EUR 13 Mio. auf eine italienische Provinz.

Ratingverteilung

Die Aufstellung der Kreditexposures nach Rating zeigt, dass das Portfolio im Jahr 2013 weiterhin in den oberen Ratingklassen konzentriert ist, 83,5 % des Exposures sind Investmentgrade (BBB oder besser, 31.12.2012: 85,4 %), 28,5 % AAA/AA-geratet (31.12.2012: 30,0 %). Das gewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch; 31.12.2012: A-).

Exposureverteilung nach Rating 31.12.2013 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
AAA	1.383.231	15,7%	502.248	874.086	0	50
AA	1.129.389	12,8%	567.740	212.890	329.236	68
A	2.318.618	26,3%	1.650.900	137.207	60.837	103
BBB	2.544.966	28,8%	2.006.754	411.612	46.711	96
BB	852.337	9,7%	478.240	327.207	46.839	18
B	411.558	4,7%	103.245	49.813	258.500	15
CCC	30.509	0,3%	30.509	0	0	1
D	148.445	1,7%	148.445	0	0	4
Nicht gerated	12.370	0,1%	0	0	12.370	1
Summe	8.831.423	100,0%	5.488.082	2.012.816	754.493	356

Sektorverteilung

Nach Sektoren gegliedert entfällt der überwiegende Teil des Exposures auf die öffentliche Hand (61,8 %). Das restliche Exposure verteilt sich auf Finanzinstitute (11,2 %) sowie Public Sector Entities (PSE), öffentlichkeitsnahe Unternehmen und Verbriefungen (27,1 %). Im CDS- und Haftungsportfolio bestehen Exposures vor allem gegenüber der öffentlichen Hand (95,4 %).

Exposureverteilung nach Sektor 31.12.2013 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
Öffentliche Hand	5.455.757	61,8%	2.915.517	2.010.940	529.300	123
Finanzinstitute	986.173	11,2%	363.750	96.700	28.863	66
Sonstige*	2.389.493	27,1%	2.208.815	-94.824	196.330	167
Summe	8.831.423	100,0%	5.488.082	2.012.816	754.493	356

*) Negativer Wert infolge von CDS-Hedges zu Wertpapieren

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden vor Abschluss von Geschäften (ausschließlich Absicherungs- und Refinanzierungsgeschäfte) sowie im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird dabei nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-Kreditnehmern, Rating, Sektoren). Zusätzlich werden Risikokonzentrationen in einzelnen Teilportfolien durch Portfolioanalysen festgestellt und überwacht. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikopartnern unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen.

Je nach Risikoeinschätzung werden regelmäßig Reviews durchgeführt. Anlassbezogen wird ein Portfolio-review auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen durchgeführt.

Das Exposure der größten 20 Kunden bzw. Kundengruppen beträgt per 31. Dezember 2013 EUR 4,2 Mrd. oder 47,6 % des Gesamtexposures (31.12.2012: EUR 7,4 Mrd. oder 50,9 %). Da in der KF kein neues Kreditgeschäft eingegangen wird, werden Limitierungen von Konzentrationsrisiken lediglich in Form von Länderlimiten vorgenommen. Alle Portfolien befinden sich grundsätzlich auf Abbau. Im Jahr 2013 stand der weitere Abbau von Konzentrationsrisiken im Fokus der Geschäftstätigkeit, insbesondere konnten CDS-Risiken auf Schuldner der öffentlichen Hand stark reduziert werden. Ende 2011 waren im KF-Portfolio noch elf Einzelrisiken größer als EUR 500 Mio. bzw. zwei größer als EUR 1 Mrd., Ende 2012 gab es noch sechs Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen über EUR 500 Mio., per 31. Dezember 2013 nur noch Österreich und Italien; nach erfolgreicher Beendigung des CDS-Abbauprogramms nur mehr Österreich. Weiterhin ist der Anteil europäischer Risiken im Gesamtportfolio mit 74,2 % per 31. Dezember 2013 hoch. Auch nach dem fokussierten Portfolioabbau gilt, dass das hohe Durchschnittsrating des Portfolios (83,5 % Investmentgrade) sowie die niedrige Non-Performing-Loan-Ratio (1,7 %) im gegenwärtigen Marktumfeld keine Garantie gegen Event-Risiken, etwa aus souveränen Obligi, darstellen.

Länderrisiko

Kreditexposures von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KF wird mindestens monatlich im RMC überwacht und quartalsmäßig dem Genehmigungsausschuss des Aufsichtsrats berichtet. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilte sich der Großteil des Exposures zum 31. Dezember 2013 auf den Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich 45,2 %) sowie die restlichen EU-Staaten (25,4 %; davon 13,9 % CEE und 11,3 % Großbritannien). Das Exposure in sonstigen Staaten von 25,8 % entfiel zu 19,8 % auf die USA und Kanada.

Exposureverteilung nach Region 31.12.2013 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	824.346	9,3%	166.305	474.188	111.401
EU-17 (Euro-Raum ohne Österreich)	3.167.695	35,9%	1.667.906	1.085.651	284.504
EU-Nicht Euro-Raum	2.241.246	25,4%	1.416.040	216.528	320.357
Nicht-EU-Europa	319.219	3,6%	128.382	152.695	25.026
Sonstige (v. a. USA)	2.278.918	25,8%	2.109.449	83.754	13.205
Summe	8.831.423	100,0%	5.488.082	2.012.816	754.493

Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen betragen zum 31. Dezember 2013 EUR 3,7 Mrd. oder 41,7 % des Gesamtportfolios (31.12.2012: EUR 5,5 Mrd. bzw. 38,3 %) und gliedern sich wie folgt:

Partner in EUR 1.000	Exposure per 31.12.2013	Anteil	davon Zentralstaat	davon Gebietskörperschaften	davon staats- garantiert	davon Wertpapiere	davon CDS / Haftungen	davon Darlehen
1 Italien ¹⁾	626.231	7,1%	446.161	180.069	0	494.540	131.691	0
2 Österreich	582.182	6,6%	474.188	0	107.995	107.995	474.188	0
3 Polen	455.536	5,2%	455.536	0	0	455.536	0	0
4 Portugal ²⁾	398.202	4,5%	371.862	26.340	0	153.639	224.529	20.034
5 USA	307.366	3,5%	0	307.366	0	307.366	0	0
6 UK	278.370	3,2%	0	278.370	0	20.654	0	257.715
7 Ungarn	265.526	3,0%	265.526	0	0	184.541	80.985	0
8 Spanien ²⁾	264.128	3,0%	237.569	26.558	0	142.569	95.000	26.558
9 Irland ²⁾	263.398	3,0%	263.398	0	0	100.912	162.486	0
10 Zypern ²⁾	241.508	2,7%	76.155	0	165.353	32.648	43.507	165.353
Summe Top 10	3.682.446	41,7%	2.590.395	818.703	273.348	2.000.402	1.212.384	469.660
Gesamt-Portfolio	8.831.423	100,0 %	4.392.933	1.062.824	355.209	5.488.082	2.012.816	754.493

1) Im Rahmen der Abbaumaßnahmen im ersten Quartal 2014 wurde das souveräne Obligo gegenüber Italien auf EUR 410,3 Mio. reduziert.

2) unter EU-Stützungsmaßnahmen

Von den zehn größten Risikogruppen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen von EUR 3,7 Mrd. entfallen EUR 2,4 Mrd. oder 64,5 % auf die Euro-Zone. Darin enthalten ist ein Obligoanteil von EUR 1,2 Mrd. oder 13,2 % des Gesamtportfolios an Staaten unter europäischen Stützungsmaßnahmen.

Die KF hat in Ländern unter EU-Stützungsmaßnahmen kein signifikantes Bankenobligo. Dieses beträgt in diesem Raum EUR 42,2 Mio. zum Jahresultimo 2013, das sich durch Tilgungen im ersten Quartal 2014 auf EUR 11,7 Mio. zum Zeitpunkt der Berichtslegung reduziert hat.

CDS- und Haftungs-Exposure

2013 wurden 67,5 % des CDS-Portfolios abgebaut. Das gesamte risikorelevante CDS- und Haftungsexposure konnte dadurch von EUR 6,2 Mrd. per 31. Dezember 2012 auf EUR 2,0 Mrd. per 31. Dezember 2013 reduziert werden. Das CDS-Portfolio wies zum 31. Dezember 2013 einen negativen Marktwert von EUR 85,0 Mio. auf (31.12.2012: EUR 393,8 Mio.), die negativen Marktwerte der noch abzubauenen Bestände wurden zum 31. Dezember 2013 vollständig bevorsorgt. In Folge der oben beschriebenen CDS-Abbaumaßnahmen verblieb

zum Zeitpunkt der Berichtslegung ein CDS-Exposure von EUR 0,5 Mrd.; dieses referenziert mit EUR 471,1 Mio. auf die Republik Österreich sowie mit EUR 13,0 Mio. auf eine italienische Provinz.

Im Rahmen des Collateral Managements wird das CDS-Portfolio täglich bewertet, Marktwertschwankungen werden ausgeglichen; infolge des CDS-Abbaus ist auch das verbliebene Collateral für CDS-Positionen sowie das Potenzial von künftigen Collateral-Erfordernissen aufgrund von Marktwertschwankungen stark reduziert. Auf Basis aktueller Kreditrisiko-Analysen waren über die gebildeten Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen hinaus keine weiteren Drohverlustrückstellungen vorzunehmen.

Kreditrisikovorsorge

Die Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken.

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsüberprüfung oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Risikomanagement (Marktfolge), bedarf der Genehmigung des Vorstands und wird dem Aufsichtsrat berichtet.

Die Bestandteile der gebildeten Kreditrisikovorsorgen sind Einzelwertberichtigungen, Vorsorgen nach § 57 Abs. 1 und Abs. 3 BWG und pauschalierte Einzelwertberichtigungen sowie die Bundesbürgschaft. Per 31. Dezember 2013 beträgt der Stand an Einzelwertberichtigungen EUR 62,6 Mio. für Kreditrisiken in Höhe von EUR 200,5 Mio., zusätzlich sind EUR 5,7 Mio. eines Obligos von EUR 11,4 Mio. durch die Republik Österreich verbürgt. Insgesamt bestehen damit für Kreditrisiken in Höhe von EUR 211,9 Mio. Kreditrisikovorsorgen von EUR 68,3 Mio. Dies entspricht einer Bevorsorgungsquote von 32,2 %. Darüber hinaus bestehen pauschalierte Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 0,84 Mio. sowie Vorsorgen gemäß § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 59,1 Mio. und § 57 Abs. 3 BWG in Höhe von EUR 95,0 Mio. Damit beträgt der Risikopuffer aus Kreditrisikovorsorgen in Summe EUR 223,2 Mio.

Im Gesamtjahr 2013 wurde der Stand an Einzelwertberichtigungen um netto EUR 41,3 Mio. erhöht. Die Bundesbürgschaft wurde um EUR 76,6 Mio. reduziert (davon EUR 35,2 Mio. Werterholung für die Republik Österreich ohne Beanspruchung der Bürgschaft und EUR 41,4 Mio. Bürgschaftsziehung). Pauschalvorsorgen im Ausmaß von EUR 5,0 Mio. wurden GuV-wirksam aufgelöst.

Die KF hat keine finanziellen Vermögenswerte, die zum Ende der Berichtsperiode länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert sind.

Partner mit erhöhtem Kreditrisiko (Watchlist)

Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken gibt es einen mehrstufigen Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner in vier Risikostufen eingeteilt werden:

Stufe 0: Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen

Stufe 1: Partner, welche leicht erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen

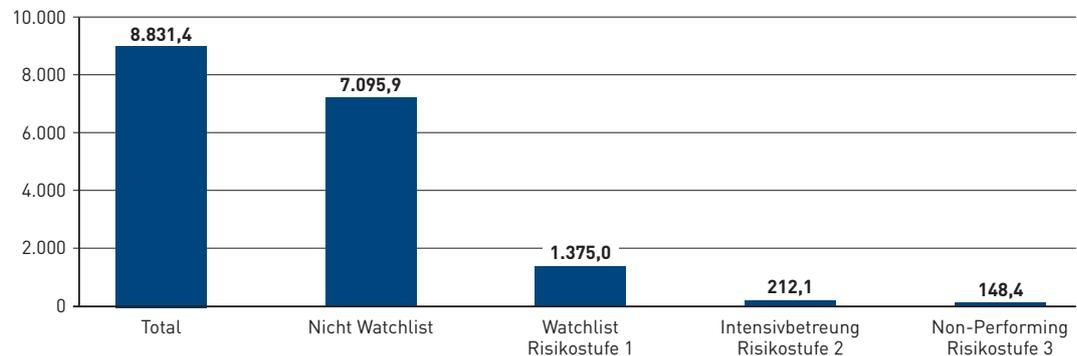
Stufe 2: Problematische Engagements (Zahlungsrückstände, Kreditminderung) mit Ausnahme von Problemkrediten, bei welchen ein Ausfall gemäß Basel III festgestellt wurde

Stufe 3: Ausfall gemäß Basel III

Partner der Stufen 1 bis 3 werden in der PameK (Partner mit erhöhtem Kreditrisiko)-Liste geführt, welche laufend aktualisiert und quartalsweise im Kreditkomitee und dem Aufsichtsrat der KF berichtet wird. Die PameK-Liste dient dabei primär der qualitativen Informationsbereitstellung über das Exposure at Risk. Abzuleitende Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand im Rahmen des Kreditkomitees beschlossen. Partner, für die Kreditrisikovorsorgen gebildet werden, werden als Watchlist Stufe 3 klassifiziert; die Darstellung des risikorelevanten Exposures in den Watchlist-Klassen erfolgt, wie oben beschrieben, abzüglich bestehender Kreditrisikovorsorgen.

Das gesamte Exposure der KF zum 31. Dezember 2013 beträgt EUR 8,8 Mrd. (31.12.2012: EUR 14,5 Mrd.). In Summe beträgt das risikorelevante Exposure gegenüber Partnern mit erhöhten Kreditrisiken EUR 1,7 Mrd. bzw. 19,7 % (31.12.2012: EUR 3,2 Mrd.). Hiervon befinden sich EUR 1,4 Mrd. bzw. 15,6 % (31.12.2012: EUR 3,1 Mrd. bzw. 21,2 %), auf der Watchlist Risikostufe 1, wobei es sich in erster Linie um Engagements in den europäischen Peripherie-Staaten handelt. EUR 212,1 Mio. bzw. 2,4 % (31.12.2012: EUR 95,0 Mio. bzw. 0,7 %) werden intensiv betreut (Risikostufe 2); EUR 148,4 Mio. bzw. 1,7 % (31.12.2012: EUR 24,5 Mio. bzw. 0,2 %) sind ausgefallen oder vom Ausfall unmittelbar bedroht (Risikostufe 3). Daraus resultiert eine Non-Performing-Loan-Ratio von 1,7 % (31.12.2012: 0,2 %).

Partner mit erhöhten Kreditrisiken per 31.12.2013



Sondergestion und Workout

Das Risikomanagement der KF verantwortet die Gestion und den Workout von Kreditengagements in den Risikostufen 2 und 3. Primäres Ziel ist es, einen Kreditausfall durch intensive Betreuung zu vermeiden bzw. nach Ausfall des Partners die Verlustrate möglichst gering zu halten. Per 31. Dezember 2013 befanden sich insgesamt 29 Partner mit einem Kreditexposure von EUR 360,5 Mio in den Risikostufen 2 (EUR 212,1 Mio.) und 3 (EUR 148,4 Mio.).

Unerwarteter Verlust – Portfolio-Kreditrisikomodell

Die Portfoliobetrachtung ist wesentlich für die Quantifizierung des Kreditrisikos. Die KF quantifiziert quartalsweise sowohl das ökonomische Kreditrisiko (Ausfallsrisiko) als auch Bonitätsänderungs- und RWA-Risiken. Dabei werden für die Berechnung rating- und laufzeitabhängige Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) und durchschnittliche historische Verlustquoten (LGD) verwendet.

Der so ermittelte unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt per 31. Dezember 2013 EUR 50,6 Mio. (bei einem Konfidenzniveau von 90 %).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement ist eine wesentliche Managementaufgabe in der KF. Neben der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt steht dabei das vorausschauende Management des strukturellen Liquiditätsrisikos im Fokus. Im Jahr 2013 war die Liquiditätssituation der KF infolge guter Marktlage und starker Nachfrage nach KF-Eigenemissionen anhaltend stabil. Wie vorne beschrieben, wurden 2013 keine neuen Liquiditätsunterstützungen der Republik Österreich benötigt und konnten vorhandene Liquiditätsgarantien planmäßig und ohne Inanspruchnahme zurückgeführt werden.

Liquiditätsrisikomanagement

Die KF zählt zum Liquiditätsrisiko im engeren Sinne jenes Risiko, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum Refinanzierungsrisiko zählt jenes Risiko, zusätzliche Refinanzierungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KF zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsrisiko.

Das Liquiditätsrisikomanagement der KF baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- der zeitnahen Überwachung und Steuerung der Liquiditätsposition
- einer angemessenen Limitierung des Liquiditätsrisikos
- einem klaren Prozess zur Liquiditätssicherung im Falle von Liquiditätsengpässen

Dabei beinhaltet die Überwachung des Liquiditätsrisikos:

- das tägliche Monitoring und die operative Steuerung der Liquiditätsposition durch das Treasury
- die dynamische Liquiditätsvorschau (unterjährig) unter bestimmten Szenario-Annahmen inklusive kombinierter Stress-Szenarien
- die statistische Analyse von Liquiditätslücken (überjährig)
- die Planung der mittel- und langfristigen Refinanzierung
- die Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität stehen dem Management kurz- und mittelfristige Liquiditätsszenarien zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Geldmarkt- oder Repo-Prolongationen, Kündigungen bestehender Geschäfte sowie der erwartete Liquiditätsbedarf aus der Dotierung von Barsicherheiten, i. e. Collateral, aus CSA-/ISDA-Verträgen berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

Zur Quantifizierung und Limitierung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos wird die Analyse zusätzlich auch für ein kombiniertes Stress-Szenario erstellt und der maximale liquide Zeithorizont („time-to-wall“) in diesem Szenario bestimmt.

Im Jahr 2013 war die Liquiditätssituation der KF aufgrund aktiver Portfolioabbaumaßnahmen und der positiven Marktentwicklung und dadurch gesunkener Refinanzierungserfordernisse sowie anhaltend guter Nachfrage nach KF-Eigenemissionen durchgehend stabil. In nachfolgender Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus geplanten Maßnahmen zusätzlich realisierbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen per 31. Dezember 2013 für die nächsten zwölf Monate periodisch dargestellt. Die Liquiditätsposition der KF entspricht der im Restrukturierungsplan festgehaltenen Refinanzierungsstrategie als Abbaubank, d. h. einer Refinanzierung, die überwiegend auf dem Geldmarkt basiert und die mit der Eigentümerschaft der Republik Österreich (nunmehr treuhändig über die FIMBAG) verbundenen Kosten- und Flexibilitätsvorteile nützt, dies unter Berücksichtigung eines höchstmöglichen Eigenbeitrags der Bank.

Liquiditätsposition per 31.12.2013 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditäts-Gap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditäts- position nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	-1.030	2.314	1.285
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-3.031	2.852	-179
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	-2.210	2.553	343
Summe (bis zu einem Jahr kumuliert)	-6.271	7.720	1.449

Langfristiges Liquiditätsrisiko (≥ 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KF eine detaillierte Analyse der erwarteten Zahlungsströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus Ein- und Auszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätsaussteuerung im Rahmen des RMC.

Organisation und Berichtswesen

Das strukturelle Liquiditätsrisiko wird auf Vorstandsebene im monatlichen RMC besprochen. Im wöchentlichen ALCO wird das operative Liquiditätsrisiko anhand der dynamischen Liquiditätsvorschau unter verschiedenen Szenario-Annahmen überwacht und entsprechend gesteuert. Auch die Einhaltung der Liquiditätsrisiko-Limite wird im Rahmen des ALCOs überwacht. Darüber hinaus wird täglich eine aktualisierte Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich erforderlicher sowie realisierbarer Liquidität erstellt und an den Treasury-Vorstand sowie das Risikomanagement der KF berichtet.

Basel III – Liquiditätskennzahlen

Per Stichtag 31. März 2014 hat die KF erstmals die LCR und die NSFR, gemäß den regulatorischen Anforderungen der im Juni 2013 in Kraft getretenen CRR, an die Aufsicht zu melden. Die technische Implementierung wurde seit Ende 2011 vorbereitet, Anpassungen der regulatorischen Vorgaben können flexibel in die technische Lösung integriert werden. Bei beiden Kennzahlen handelt es sich 2014 lediglich um Meldeerfordernisse; die Kriterien für die ab 2015 geltende LCR werden bereits erfüllt, Mindestgrößen für die NSFR sind voraussichtlich ab 2018 zu erfüllen.

Marktrisiko

Marktrisiken entstehen aus potenziellen Veränderungen von Risikofaktoren, die zu einer Verringerung des Marktwertes der von diesen Risikofaktoren abhängigen Finanzpositionen führen können.

Die für die Bewertung des KF-Portfolios mit Abstand wichtigsten Marktrisikofaktoren sind Credit-Spreads und Zinsen. Da im Sinne des Restrukturierungsplans grundsätzlich ein Abbau des Portfolios über Tilgungen erfolgen soll, ist ein Großteil des Portfolios im Hinblick auf die zugrundeliegende Portfoliostruktur dem Anlagevermögen gewidmet. Änderungen von Marktparametern sind daher großteils nicht GuV-relevant.

Im Einzelnen werden in der KF folgende Marktrisiken überwacht und gesteuert:

- Zinsrisiko
- Credit-Spread-Risiko
- Wechselkursrisiko
- Optionsrisiko
- Basisrisiko

Zinsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken unterscheidet die KF zwischen dem periodenorientierten, kurzfristigen Repricing-Risiko und dem barwertorientierten, langfristigen Zinsänderungsrisiko. Ersteres ist das Risiko eines Rückgangs des Nettozinsertrags, zweiteres das Risiko von Barwertverlusten aufgrund von Zinsänderungen.

Zum Zweck der effizienten Überwachung und Begrenzung des Zinsrisikos verfügt die KF über Analyseinstrumente, welche die gezielte Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos und des periodischen Nettozinsertragsrisikos ermöglichen. Insbesondere werden Zins-Gap-Strukturen (Zinsbindungsablaufbilanz) und Barwertsensitivitäten je Währung und Laufzeitband analysiert, Value-at-Risk (VaR)-Modelle auf Basis von historischen Volatilitäten und Korrelationen berechnet und verschiedene Zinsszenarien simuliert.

Die folgende Tabelle stellt das barwertige Zinsänderungsrisiko der KF bei einem Parallel-Shift der Zinskurve um 1 Basispunkt (DV01) für die Hauptwährungen per 31. Dezember 2013 in TEUR dar. Dabei werden bei der Ermittlung der Barwerte rating- und laufzeitabhängige, mittlere Ausfallraten unterstellt.

Zinssensitivitäten DV01 in EUR 1.000	per 31.12.2012	per 31.12.2013
EUR	+338	+131
USD	+71	+89
GBP	+352	+456
CHF	-7	+1
Sonstige	+16	+24
Gesamt	+770	+700

Für die Berechnung des Zins-VaR (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 97,5 %) werden gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen (Beobachtungszeitraum 150 Tage) verwendet. Der berechnete Zins-VaR berücksichtigt den gesamten Geschäftsbestand der KF, jedoch nicht das Eigenkapital (eingezahltes Kapital und Rücklagen). Per 31. Dezember 2013 betrug der Zins-VaR (Konfidenzniveau 97,5 %, Haltedauer 20 Handelstage) EUR 29,2 Mio.

Die Zinsrisikoposition wird im Rahmen des RMCs zumindest monatlich überwacht und ausgesteuert.

Zusätzlich zum monatlichen Reporting im RMC findet die zeitnahe, operative Steuerung des kurzfristigen Zins- und Repricingrisikos im wöchentlichen ALCO statt.

Credit-Spread-Risiko

Als Credit-Spread-Risiko betrachtet die KF das Risiko von Marktwertverlusten aufgrund von Credit-Spread-Änderungen. Steigende Credit-Spreads verursachen Marktwertverluste bei Wertpapieren, Darlehen und CDS. Die Credit-Spread-Sensitivität stellt den Marktwertverlust für das Szenario einer Ausweitung aller Credit-Spreads um +1bp dar.

Per 31. Dezember 2013 betrug die Credit-Spread-Sensitivität für das CDS-Portfolio EUR -0,6 Mio. (31.12.2012: EUR -2,3 Mio.), für das Wertpapierportfolio EUR -4,3 Mio. (31.12.2012: EUR -3,3 Mio.) und für das Darlehensportfolio EUR -0,7 Mio. (31.12.2012: EUR -0,5 Mio.). Der Rückgang der Spread-Sensitivität im CDS-Portfolio seit Ende 2012 ist auf den Portfolio-Abbau zurückzuführen, der Anstieg im Wertpapier- und Darlehensportfolio auf stringendere Modellannahmen insbesondere bei strukturierten Produkten.

Wechselkursrisiko

Die grundsätzliche Risikostrategie der KF ist es, keine offenen Wechselkurspositionen einzugehen. Dazu werden alle Investitionen in Fremdwährung mittels Währungsswaps abgesichert oder währungskonform refinanziert.

Zur operativen Steuerung der offenen Devisenpositionen besteht ein System, das sowohl Auszahlungen und Tilgungszahlungen, als auch Zins-, Provisions- und Agioabgrenzungen sowie Ausgleichsbeträge aus Derivatgeschäften berücksichtigt. Das Wechselkursrisiko wird täglich überwacht und angesteuert. Für die Berechnung des FX-VaR (Haltedauer 1 Handelstag, Konfidenzintervall 99 %) werden exponentiell gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen der Wechselkurse mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 400 Tagen verwendet. Per 31. Dezember 2013 betrug die offene Devisenposition TEUR 574,7, der diversifizierte FX-VaR TEUR 3,5 (31.12.2012: TEUR 13,7).

Die folgende Tabelle zeigt die Netto-Währungsswapposition per 31. Dezember 2013:

in EUR Mio.	Netto-Position
USD	-410
CHF	75
JPY	-17
GBP	-426
Sonstige	-58
Gesamt	-835

Optionsrisiko

Optionsrisiko besteht in der KF ausschließlich bei in einem Grundgeschäft (eigene Emission, Bond oder Swap) eingebetteten Optionen. Zur Messung und Begrenzung von nicht vollständig abgesicherten Optionsrisiken wird eine Szenario-Matrix aus Volatilitäts- und Zinsänderungen bewertet. Das jeweils schlechteste Ergebnis dieser Szenarien (Worst-Case-Szenario) wird überwacht und limitiert.

Per 31. Dezember 2013 betrug das Optionsrisiko, gemessen als Optionswertveränderung im Worst-Case-Szenario der Szenario-Matrix, EUR -0,4 Mio. (31.12.2012: EUR -0,4 Mio.).

Basisrisiko

Basisrisiko besteht in der KF als das Risiko von Barwertverlusten oder Nettozinsertragseinbußen aufgrund geänderter Basisswap-Spreads. Basisswap-Spreads sind der Ausgleich zwischen den zwei variablen Seiten eines kurzlaufenden Zinsswaps (Basisswap) mit unterschiedlichen Indikatoren, z. B. 3-Monats-Libor gegen 6-Monats-Libor. Basisswap-Spreads haben Auswirkung auf die Bewertung von allen Finanzinstrumenten, die an Zinsindikatoren gebunden sind (z. B. variabel verzinsten Wertpapieren, Zinsswaps). Zur Messung der Basisrisiken werden die Barwertsensitivitäten, d. h. die Auswirkung einer Ausweitung des entsprechenden Basisswap-Spreads um +1bp auf die Marktbewertung berechnet.

Per 31. Dezember 2013 betrug die gesamte Barwertsensitivität bezüglich Libor-Basis-Spreadänderungen EUR -2,7 Mio. (31.12.2012: EUR -2,8 Mio.).

Operationelles Risiko & Business Continuity Management

In der KF wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko ist Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) ist es, aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess liegen beim Operational Risk Officer der KF. In Abstimmung mit dem Operational Risk Officer ernannt das Management Operational Risk Correspondents (ORC) in den Bereichen, die als Ansprechpartner das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen. Zusätzlich erhält der Operational Risk Officer der KF entsprechend den Vereinbarungen aus dem SLA regelmäßig Berichte zu Ereignissen aus Operationellem Risiko.

Für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control Self Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank zeigt realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationeller Ereignisse. Diese werden in der Datenbank erfasst und nach Beurteilung durch die Linienverantwortlichen monatlich an den Vorstand berichtet. Operational Risk & Control Self Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KF als Coached Self Assessments durchgeführt, d. h., die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Bereiche. Die Ergebnisse aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken.

Das Management wird monatlich in den RMC-Meetings sowie quartalsweise in der Vorstandssitzung über operationelle Risiken informiert.

Das Business Continuity Management (BCM) sichert umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement. Das Kontinuitätsmanagement beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über das Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Etwaige daraus entstehende Risiken sind gemäß SLA durch Haftungsübernahme durch die KA abgedeckt (Schadensfälle über EUR 10.000 bei grober Fahrlässigkeit).

Regulatorische Mindesteigenkapitalanforderungen

Seit dem 1. Dezember 2010 verwendet die KF nach Bewilligung des Ansatzwechsels durch die FMA (Finanzmarktaufsicht) für alle Forderungsklassen den Standardansatz.

Für das operationelle Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

ICAAP

Der ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ist ein Kernelement der Säule 2 des Basler Akkords und umfasst alle Verfahren und Maßnahmen zur Identifizierung, Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken sowie zur Sicherung einer angemessenen Kapitalausstattung.

Zur quantitativen Beurteilung einer angemessenen Kapitalausstattung bedient sich die KF methodisch der sogenannten Risikotragfähigkeitsanalyse. Es werden derzeit abhängig vom Absicherungsziel drei Steuerungskreise unterschieden:

- *Regulatorische Sicht (Regulatorischer Steuerungskreis)*
Absicherungsziel ist die Sicherstellung der Einhaltung des regulatorischen Mindesteigenmittelerfordernisses. Dazu wird der regulatorische Kapitalbedarf den regulatorischen Eigenmitteln gegenübergestellt.
- *Liquidationssicht (Ökonomischer Steuerungskreis)*
In der Liquidationssicht werden die ökonomischen Risiken der Bank gemessen. Im Unterschied zum regulatorischen Steuerungskreis werden hier auch Liquiditäts- und Marktrisiken berücksichtigt. Zur Quantifizierung des ökonomischen Risikos werden in der KF insbesondere Value-at-Risk-Ansätze angewendet. Das so ermittelte ökonomische Risikokapital wird der ökonomischen Risikodeckungsmasse gegenübergestellt, die im Fall der KF gleich den regulatorischen Eigenmitteln ist. Per 31. Dezember 2013 beträgt der Kapitalpuffer in der Liquidationssicht EUR 215 Mio. bzw. 37 % der Eigenmittel.
- *Operatives Kapitalmonitoring (Going-Concern-Steuerungskreis)*
Das operative Kapitalmonitoring als Going-Concern-Steuerungskreis der KF stellt auf die Einhaltung einer Kernkapitalquote von mindestens 7 % ab. Erwartbare laufende Verluste sollen abgedeckt werden, ohne dass die Mindestkernkapitalquote von 7 % innerhalb der nächsten zwölf Monate unterschritten wird. Dafür wird eine GuV-orientierte Quantifizierung der Risiken (Kredit-, Markt-, Liquiditätsrisiken sowie operationelles Risiko) unter verschiedenen (Stress-)Szenarien verwendet. Ausgehend von einer Tier 1-Ratio von 12,4 % per 31. Dezember 2013 bleibt die Tier 1-Ratio im Base Case über die nächsten zwölf Monate stabil bei 12,4 % und fällt im Moderate Stress Case auf 10,7 %; in beiden Szenarien wird also das Ziel einer Mindestkernkapitalquote von 7 % eingehalten.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Einleitung

Ziel des Internen Kontrollsystems (IKS) ist es, das Management in der Umsetzung effektiver und sich ständig verbessernder interner Kontrollen in Hinblick auf die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften, der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, der Zuverlässigkeit der betrieblichen Information sowie die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Prozesse zu unterstützen. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von erforderlichen Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung ausgerichtet. Zu den wesentlichen Zielsetzungen gehört die Sicherstellung einer korrekten und transparenten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Das IKS der KA Finanz (KF) besteht aus den fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über ein Service Level Agreement (SLA) an die Kommunalkredit Austria (KA) ausgelagert. Dies betrifft insbesondere auch das Rechnungswesen, Meldewesen und die damit verbundenen Rechnungslegungs- und Meldewesenprozesse inklusive der damit verbundenen Kontrollen im Sinne des IKS. Alle im Rahmen des SLA ausgelagerten Tätigkeiten und daraus resultierende Ergebnisse liegen jedoch in der Letztverantwortung der Organe der KF. Eine wesentliche Zusatz-Kontrollfunktion hinsichtlich der Abnahme der Leistungen aus dem SLA nimmt der dazu implementierte Operating Officer wahr, der für die Sicherstellung der Vollständigkeit und Adäquanz der erbrachten Leistungen der KA für die Erfordernisse der KF mit dem Vorstand verantwortlich ist.

Leistungen der Internen Revision werden via SLA von der KA bezogen. Sie überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in allen Bereichen. Die Leiterin der Internen Revision ebenso wie der Compliance Officer berichten direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KF hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken zu erfassen und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen. Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KF besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Zuständigkeiten sowie damit verbundene Kontrollaktivitäten innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft auch die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Informationen sowie die Vermeidung von Fehlern bei Transaktionen. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die Managementebene der KF (Risk Officer, Portfolio Officer und Operating Officer) und Leistungen, die via SLA von der Internen Revision der KA bezogen werden.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass Fehlern oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt ist bzw. diese aufgezeigt und korrigiert werden.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen wesentlichen Teil des IKS dar. Auf die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen und strikte Beachtung des Vier-Augen-Prinzips wird streng geachtet.

Information und Kommunikation

In der KF berichten der Risk Officer, der Portfolio Officer und der Operating Officer an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. Im Zusammenhang mit der Darstellung und Vermeidung von Interessenkonflikten wird auch regelmäßig an den Aufsichtsrat berichtet.

Dem Aufsichtsrat wird auch ansonsten regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko via SLA vom Bereich Treasury und Analysen zum Portfoliomanagement bzw. zu Portfolioabbaumaßnahmen des Portfolio Officers. Der Eigentümer, die Investoren und Marktpartner sowie die Öffentlichkeit werden durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus wird den Erfordernissen von Ad-hoc-Meldungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens, dem Operating Officer und dem Vorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Prüfung in Abstimmung mit dem Wirtschaftsprüfer und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln sollen eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und ein Einklang mit den bankweiten Vorschriften erlangt werden. Wenn Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung durch Follow-Up-Maßnahmen überwacht.

Um die Einhaltung der Vorgaben auf Bankebene gewährleisten zu können, wird diese gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision zusätzlich überprüft.

Compliance und Geldwäsche

Der von der KA Finanz (KF) unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KF verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KF in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KF die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung unternehmensweit sichergestellt. Der Compliance-Verantwortliche der KF ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen.

Der Compliance-Verantwortliche ist als Geldwäschebeauftragter auch für die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten „Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ verantwortlich.

Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Ende Oktober 2012 hat die Österreichische Bundesregierung den Public Corporate Governance Kodex des Bundes („B-PCGK“) beschlossen. Der B-PCGK bezieht sich auf Unternehmen, deren direkter oder indirekter Mehrheitsgesellschafter die Republik Österreich ist; der Kodex ist daher für die KF relevant. Die KF bekennt sich zu den im B-PCGK festgelegten Grundsätzen und hat diesen mit Beschluss in der Hauptversammlung von 28. Mai 2013 implementiert. Ein entsprechender auf den Anforderungen des B-PCGK basierender Governance-Bericht ist einmal jährlich durch die Geschäftsleitung zu veröffentlichen. Der Bericht ist auf der Homepage der KF unter „Investor Relations“ abrufbar.

Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2013 war von einer Stabilisierung der europäischen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Schuldensituation im Euro-Raum gekennzeichnet. Basierend auf den Unterstützungsmaßnahmen der Europäischen Union (EU) im Jahr 2012, insbesondere der Europäischen Zentralbank (EZB), wie der Bereitstellung des Outright Monetary Transaction Programms (OMT), verbesserte sich die Refinanzierungslage der europäischen öffentlichen Haushalte maßgeblich und konnte die europäische Wirtschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2013 wieder auf einen leichten Wachstumspfad zurückkehren. Dieses Wachstum ist zwar noch fragil, dürfte sich aber 2014 mit einer von der Europäischen Kommission (EK) prognostizierten Rate im Euro-Raum von 1,2 % weiter fortsetzen.

Die positive Reaktion der Märkte und die Rückkehr des Vertrauens in Europa zeigen, dass die in Angriff genommenen Maßnahmen der EU und der EZB auf fruchtbaren Boden fielen. Rückschläge sind dabei jedoch nicht auszuschließen. Die konsequente Umsetzung vereinbarter Maßnahmen auf europäischer Basis, wie beispielsweise die zentrale Bankenaufsicht, sind eine gute Voraussetzung für anhaltende Marktstabilität.

Die KF hat in Abstimmung mit der Republik Österreich und der FIMBAG die verbesserte Marktlage zu einem signifikanten Abbau von Risikopositionen genutzt. Das ausstehende Exposure wurde im Jahr 2013 um EUR 5,1 Mrd. oder 35,5 % auf EUR 8,8 Mrd. reduziert. Seit Beginn des Jahres 2014 wurden weitere EUR 1,6 Mrd. Risikopositionen abgebaut. In Folge verbesserter Marktumstände wurde insbesondere das CDS-Exposure abgebaut; dieses betrug EUR 1,9 Mrd. zum 31. Dezember 2013 (31.12.2012: EUR 6,0 Mrd.) und wurde im ersten Quartal 2014 auf EUR 0,5 Mrd. reduziert; dieses referenziert mit EUR 471 Mio. auf die Republik Österreich sowie mit EUR 13 Mio. auf eine italienische Provinz. Durch diese Maßnahmen hat sich die Risikoposition der KF deutlich verbessert.

Infolge der von der Republik Österreich im Jahr 2013 getätigten Kapitalmaßnahmen verfügt die KF über eine wesentlich verbesserte Kapitalbasis, welche die Einhaltung der Basel III-Kriterien ab 1. Jänner 2014 sichert. Im Liquiditätsmanagement ist die Bank in der Lage, die in den Jahren 2009/2010/2011 unter dem damaligen IBSG (Interbankmarktstärkungsgesetz) emittierten staatsgarantierten Anleihen plangemäß zu tilgen. Die verbliebenen diesbezüglichen Fälligkeiten über EUR 246,2 Mio. bis 12. Juni 2014 werden ordnungsgemäß bedient werden. Damit wird die KF alle mit staatlicher Unterstützung begebenen Anleihen ohne Beanspruchung

getilgt haben. Die unter dem FinStaG (Finanzmarktstärkungsgesetz) begebene EUR 3 Mrd.-Garantiefazilität bleibt bestehen. Dies ermöglicht den Zugang zu diesen attraktiven Geldmarktmitteln und sichert der KF kostenschonende Refinanzierungssätze.

Aufgrund der deutlich entspannten Refinanzierungssituation, auch durch niedrigere Collateral-Erfordernisse infolge des Portfolioabbaus, vor allem im CDS-Bereich, erwartet die KF im Jahr 2014 erstmals seit 2008 ein weitgehend ausgeglichenes Zinsergebnis. Insgesamt wird, unter Berücksichtigung der gut kontrollierten operativen Kosten und nach Haftungsgebühren in Höhe von EUR 27 Mio., ein negatives operatives Jahresergebnis für 2014 erwartet. Daher werden auch in Zukunft keine Ausschüttungen an bestehende Genussrechte erfolgen; dies entspricht der Ad-hoc-Meldung der KF vom 17. November 2009 gemäß § 48d Börsegesetz; diese Meldung ist nach wie vor aufrecht.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KF werden sich den gestellten herausfordernden Aufgaben wie bisher mit großem Engagement und hohem Einsatz widmen.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender



Dr. Helmut Urban
Mitglied des Vorstands

Wien, 25. März 2014

Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung

Die KA Finanz AG (KF) ist seit der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG mit Wirksamkeit 28. November 2009 für den Abbau des bis zur Verstaatlichung 2008 aufgebauten, nicht strategischen Wertpapier- und Credit-Default-Portfolios zuständig. Der Abbau erfolgt unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts. Das Risikoportfolio wurde auch im Jahr 2013 durch bewusst gesetzte Maßnahmen, unter Nutzung einer verbesserten Marktverfassung um insgesamt EUR 5,1 Mrd. weiter wesentlich abgebaut. Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 konnte das Risikoportfolio per 31. Dezember 2013 um EUR 20,3 Mrd. oder 67,5 % reduziert werden. Das gesamte risikorelevante Portfolio wurde damit auf EUR 8,8 Mrd. verringert. Die Bilanzsumme, die mit Halbjahr 2013 erstmals unter die EUR 10 Mrd.-Grenze sank, beträgt per 31. Dezember 2013 EUR 8,2 Mrd.

Der Aufsichtsrat hat seine nach Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben in fünf ordentlichen Aufsichtsratssitzungen und einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung wahrgenommen. In der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 13. August 2013 wurde Dr. Helmut Urban per 1. September 2013 zum Mitglied des Vorstands bestellt. Mag. Andreas Fleischmann hatte sein Vorstandsmandat vorzeitig per 31. August 2013 zurückgelegt. Diese Position wurde gemäß Stellenbesetzungsgesetz besetzt. Ebenso wurden zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses und eine Sitzung des Vergütungsausschusses abgehalten. Es wurde die Anpassung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und der Geschäftsordnung für den Vorstand an die Erfordernisse des Public Corporate Governance-Kodex („B-PCGK“) umgesetzt. Die Beachtung des B-PCGK durch die Organe der Gesellschaft wurde in der ordentlichen Hauptversammlung vom 28. Mai 2013 in die Satzung aufgenommen. Im Hinblick auf die Novellierung des BWG per 1. Jänner 2014, mit der die Umsetzung von CRR (Capitals Requirements Regulation) und CRD IV (Capitals Requirements Directive) erfolgte, wurde die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat um die erforderlichen Ausschüsse – i. e. Nominierungs- und Risikoausschuss – ergänzt. In den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, wie auch durch laufende Einholung erforderlicher Informationen über den Geschäftsverlauf, über die Lage und die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik, wurde der Aufsichtsrat laufend unterrichtet. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet und sich intensiv mit dem strukturierten Abbau des bestehenden Portfolios befasst. Vorstand und Aufsichtsrat haben erstmals einen Corporate-Governance-Bericht erstellt und darin über die Corporate-Governance-Struktur der Bank berichtet. In Umsetzung der im Mai 2013 eingerichteten Fit und Proper-Richtlinie (auf Basis der EBA-Leitlinie – European Banking Authority Guideline) haben die Organe der Bank im Herbst eine entsprechende Fit und Proper-Schulung über Änderungen bzw. Neuerungen im regulatorischen Bereich absolviert.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen und in seiner Sitzung vom 28. März 2014 den Jahresabschluss 2013 gebilligt; dieser ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 28. März 2014

Einzelabschluss

Bilanz der KA Finanz AG nach BWG

Aktiva in EUR	Anhang		31.12.2013	31.12.2012
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken			127.982.117,34	550.940.634,35
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	5.1.		1.521.098.806,98	1.612.305.835,10
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		1.521.098.806,98		1.612.305.835,10
3. Forderungen an Kreditinstitute	5.2.		1.760.819.945,89	2.860.858.934,36
a) täglich fällig		1.620.616.475,98		2.331.651.412,87
b) sonstige Forderungen		140.203.469,91		529.207.521,49
4. Forderungen an Kunden	5.3.		2.301.127.475,48	2.764.181.126,84
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.4.		2.261.286.686,01	2.875.857.177,80
a) von öffentlichen Emittenten		969.129.729,43		1.235.288.041,88
b) von anderen Emittenten		1.292.156.956,58		1.640.569.135,92
darunter: eigene Schuldverschreibungen		0,00		11.605.519,46
6. Beteiligungen	5.5.		23.070,00	23.070,00
darunter: an Kreditinstituten		0,00		0,00
7. Sachanlagen	5.6.		70.801,44	71.140,46
8. Sonstige Vermögensgegenstände	5.7.		184.433.666,94	285.301.410,33
9. Rechnungsabgrenzungsposten	5.8.		37.318.096,48	19.932.554,96
Summe Aktiva			8.194.160.666,56	10.969.471.884,20
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva			7.750.382.479,81	10.018.395.835,90

Passiva in EUR	Anhang		31.12.2013	31.12.2012
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.9.		1.576.868.689,98	2.975.866.772,48
a) täglich fällig		116.243.848,85		212.969.868,69
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.460.624.841,13		2.762.896.903,79
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.10.		421.229.097,99	359.289.115,15
Sonstige Verbindlichkeiten				
darunter:				
aa) täglich fällig		24.572.959,53		5.695.337,06
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		396.656.138,46		353.593.778,09
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	5.11.		5.076.375.566,26	6.463.801.862,61
a) begebene Schuldverschreibungen		1.359.139.445,75		2.435.690.351,60
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		3.717.236.120,51		4.028.111.511,01
4. Sonstige Verbindlichkeiten	5.12.		201.818.971,60	251.364.969,97
5. Rechnungsabgrenzungsposten	5.13.		137.556.441,67	171.062.278,17
6. Rückstellungen	5.14.		194.293.991,59	150.618.885,54
a) sonstige				150.618.885,54
6A. Fonds für allgemeine Bankrisiken	5.15.		95.000.000,00	95.000.000,00
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	5.16.		155.878.980,69	167.040.459,55
8. Ergänzungskapital	5.17.		26.540.499,99	26.829.113,94
9. Gezeichnetes Kapital	5.18.		389.000.000,00	389.000.000,00
10. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG	5.19.		76.091.088,46	76.091.088,46
11. Bilanzverlust			-156.492.661,67	-156.492.661,67
Summe Passiva			8.194.160.666,56	10.969.471.884,20
Posten unter der Bilanz				
1. Eventualverbindlichkeiten	6.1.		2.565.075.190,08	7.208.727.830,41
darunter:				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten		2.565.075.190,08		7.208.727.830,41
2. Kreditrisiken	6.2.		0,00	0,00
darunter:				
Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften		0,00		0,00
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG			622.868.342,24	639.638.926,78
darunter:				
Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z 7 BWG		0,00		0,00
4. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG			260.500.950,19	391.294.732,13
darunter:				
erforderliche Eigenmittel gem. § 22 Abs. 1 Z 1 und 4 BWG		260.500.950,19		389.817.098,37
5. Auslandspassiva			7.021.519.733,49	9.474.449.219,70

Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG nach BWG

in EUR	Anhang	2013	2012
1. Zinsen und ähnliche Erträge		480.966.600,85	688.150.307,19
darunter:			
aus festverzinslichen Wertpapieren	150.464.352,45		203.060.691,24
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		494.132.187,70	731.642.428,08
I. Zinsergebnis	8.1.1.	-13.165.586,85	-43.492.120,89
3. Provisionserträge	8.1.2.	10.716.580,72	17.335.402,93
4. Provisionsaufwendungen	8.1.2.	63.464.228,58	118.638.954,72
5. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	8.1.3.	15.786.769,22	-9.854.346,95
6. Sonstige betriebliche Erträge		4.036,39	1.008.803,41
II. Betriebserträge		-50.122.429,10	-153.641.216,22
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	8.1.4.	16.730.392,08	15.619.138,78
a) Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)			15.619.138,78
8. Wertberichtigungen auf die im Aktivposten 7 enthaltenen Vermögensgegenstände		339,02	6.192,11
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.1.5.	753.000,00	4.300.000,00
III. Betriebsaufwendungen		17.483.731,10	19.925.330,89
IV. Betriebsergebnis		-67.606.160,20	-173.566.547,11
10. Erträge aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventual- verbindlichkeiten und für Kreditrisiken	8.1.6.	-244.015.097,42	38.220.668,17
11. Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	8.1.6.	-20.925.264,92	65.019.070,89
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-332.546.522,54	-70.326.808,05
12. Außerordentliche Erträge	8.1.7.	332.581.689,89	0,00
13. Außerordentliches Ergebnis		332.581.689,89	0,00
14. Steuern vom Einkommen	8.1.8.	-35.160,35	-393.274,33
15. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 14 auszuweisen		-7,00	20.076,41
VI. Jahresfehlbetrag		0,00	-70.700.005,97
16. Verlustvortrag		-156.492.661,67	-85.792.655,7
VII. Bilanzverlust		-156.492.661,67	-156.492.661,67

Anhang zum Jahresabschluss der KA Finanz AG

1. Allgemeine Informationen

Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) mit Sitz in 1090 Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank mit der Aufgabe der Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) betraut. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 128283b beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KF entstand im Zuge der Restrukturierung, die nach der Verstaatlichung der KA alt infolge der Finanzmarktkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die Kommunalkredit Austria AG (im Folgenden KA) übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektfinanzierungsgeschäft umfasst. In der KF verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das nicht strategische Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Swap-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB)). Unternehmens- und steuerrechtlicher Spaltungsstichtag war der 30. Juni 2009. Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch erfolgte am 28. November 2009. Damit wurde die Spaltung zivilrechtlich wirksam. Ziel und Geschäftszweck der KF sind der fokussierte Risikoabbau bei angestrebter Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing). Zwar findet in der KF kein Neugeschäft in Darlehen, Wertpapieren oder CDS-Sell-Positionen statt, zum Zweck des aktiven Managements des Portfolios betreibt die KF aber weiterhin aktive Bankgeschäfte, insbesondere auf der Refinanzierungsseite, aber auch im Derivatbereich in Form von Zins- und FX-Absicherungsgeschäften sowie Portfolioabsicherungsmaßnahmen.

Mit unternehmens- und steuerrechtlichem Verschmelzungsstichtag 31. Dezember 2009 wurde die KIB in die KF verschmolzen. Die Eintragung der Verschmelzung in das Firmenbuch erfolgte am 18. November 2010. Damit wurde die Verschmelzung zivilrechtlich wirksam und die Tochtergesellschaft in Zypern geschlossen.

Die Republik Österreich hält unverändert zum Vorjahr 100 % der Anteile an der KF.

2. Portfolioabbau / Kapitalmaßnahmen 2013 / Reduktion der Bundesbürgschaft

Der fokussierte Risikoabbau wurde im Jahr 2013 fortgesetzt. Im Vordergrund stand dabei die Nutzung der verbesserten Marktverfassung. Das Konzentrationsrisiko konnte vor allem in den Peripherieländern reduziert werden, per 31. Dezember 2013 gab es mit Italien und Österreich nur noch zwei Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen über EUR 500 Mio. (31.12.2012: sechs Risiken über EUR 500 Mio.) Das Netto-CDS-Portfolio konnte bis zum 31. Dezember 2013 um EUR 4,1 Mrd. auf EUR 1,9 Mrd. reduziert werden. Nach weiterer Risikoreduktion im ersten Quartal 2014 verblieb zum Zeitpunkt der Berichterlegung ein CDS-Sell-Bestand von EUR 0,5 Mrd., im Wesentlichen gegenüber der Republik Österreich. Zudem wurde das Wertpapierportfolio im Geschäftsjahr 2013 aktiv um EUR 0,7 Mrd. reduziert.

Aus den geänderten Anforderungen von Basel III (i. e. CRR und CRD IV) entstand erhöhter Kapitalbedarf, welcher durch einen Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich im Ausmaß von EUR 200 Mio. im August 2013 abgedeckt wurde. Zusätzlich wurde im Dezember 2013 ein EUR 150 Mio.-Gesellschafterzuschuss gewährt, um im Wesentlichen die Abbaukosten aus dem CDS-Portfolio zu decken. Daraus resultiert, dass die KF die erhöhten Kapitalanforderungen trotz des erhöhten Bedarfs aus Portfoliomaßnahmen jederzeit erfüllt.

Gleichzeitig konnte 2013 die Bürgschaft der Republik Österreich um EUR 76,6 Mio. auf EUR 5,7 Mio. (31.12.2012: EUR 82,3 Mio.) reduziert werden (davon EUR 35,2 Mio. Werterholung für die Republik Österreich ohne Beanspruchung der Bürgschaft und EUR 41,4 Mio. Bürgschaftsziehung). Unter Berücksichtigung der geleisteten Haftungsentgelte betrug die Gesellschafterunterstützung 2013 netto EUR 273,7 Mio. Insgesamt hat die KF seit Beginn der Restrukturierung EUR 2.178,7 Mio. an Kapitalunterstützung von der Republik Österreich bezogen.

3. Angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

4.1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Zinsen werden unter Berücksichtigung aller vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit den finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten periodengerecht im Zinsüberschuss ausgewiesen. Provisionen für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden über die Periode der Leistungserbringung erfasst. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung verbunden sind, werden zum Zeitpunkt der vollständig erbrachten Dienstleistung vereinnahmt. Die Berücksichtigung von leistungsabhängigen Provisionen erfolgt, wenn die Leistungskriterien erfüllt werden.

4.2. Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

4.3. Forderungen

Forderungen, die von Dritten erworben wurden, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Alle übrigen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigung werden die Forderungen in homogene Portfolios mit vergleichbaren Risikomeerkmalen gruppiert. Die Quantifizierung erfolgt auf Basis des erwarteten Verlustes unter Verwendung von ratingabhängigen Ausfallswahrscheinlichkeiten und unter Berücksichtigung der Zeitdauer zwischen Eintritt und Erkennen des Ausfalls („Loss Identification Period“).

Weiters wurde aus Gründen der Vorsicht in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risiken eine Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG gebildet.

4.4. Wertpapiere

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet. Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet. Die KF führt kein Handelsbuch. Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen und des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen.

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden und die ab dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen. Wertpapiere des Anlagevermögens, die vor dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten über dem Rückzahlungsbetrag lagen, werden gemäß § 56 Abs. 2 BWG mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Waren die Anschaffungskosten dieser Wertpapiergruppe niedriger als der Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedsbetrag, beginnend mit dem 1. Jänner 2001, über die verbleibende Restlaufzeit verteilt.

Das Wertpapierportfolio entwickelte sich zu Buchwerten wie folgt:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Anlagevermögen	5.365.213.093,89	6.331.090.633,16	-965.877.539,27
Umlaufvermögen	105.289.324,63	237.367.803,33	-132.078.478,70
Summe	5.470.502.418,52	6.568.458.436,49	-1.097.956.017,97

Die Unterschiedsbeträge gem. § 56 Abs. 2 BWG und § 56 Abs. 3 BWG stellen sich wie folgt dar:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	49.182.748,17	55.436.100,26
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	43.274.546,79	79.109.145,91

Weiters ergeben sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens folgende stille Reserven bzw. stille Lasten (ohne Berücksichtigung der dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Buchwert	1.931.621.341,49	2.582.021.871,40
Beizulegender Zeitwert	1.749.184.169,26	2.263.605.540,22
Stille Lasten	-182.437.172,23	-318.416.331,18

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Buchwert	3.379.586.211,34	3.712.765.153,65
Beizulegender Zeitwert	3.843.691.934,76	4.353.714.499,19
Stille Reserven	464.105.723,42	640.949.345,54

Die Veränderung der stillen Lasten und stillen Reserven ist im Wesentlichen auf den starken Rückgang des Wertpapierportfolios und die Marktverbesserungen zurückzuführen. Die stillen Lasten verteilen sich auf die folgenden Bilanzpositionen:

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Schuldtitel öffentlicher Stellen		
Buchwert	322.211.176,96	497.511.492,44
Beizulegender Zeitwert	302.361.442,13	460.070.890,93
	-19.849.734,83	-37.440.601,51
Forderungen Kreditinstitute		
Buchwert	19.664.000,00	184.930.308,64
Beizulegender Zeitwert	17.278.756,80	167.860.236,70
	-2.385.243,20	-17.070.071,94
Forderungen Kunden		
Buchwert	690.785.422,85	664.059.254,82
Beizulegender Zeitwert	617.011.031,06	604.103.819,94
	-73.774.391,79	-59.955.434,88
Schuldverschreibungen öffentliche Emittenten		
Buchwert	273.501.141,96	421.327.452,15
Beizulegender Zeitwert	244.536.852,99	306.787.925,03
	-28.964.288,97	-114.539.527,12
Schuldverschreibungen andere Emittenten		
Buchwert	625.459.599,72	814.193.363,35
Beizulegender Zeitwert	567.996.086,28	724.782.667,62
	-57.463.513,44	-89.410.695,73

Alle Wertpapiere werden regelmäßig analysiert und bewertet; Wertpapiere, bei denen ein Rating-Downgrade von mehr als zwei Stufen erfolgt bzw. bei denen ein Kursverfall von über 20 % beobachtet wird, werden speziell überwacht. Auf Basis dieser Analysen waren über die bestehenden Wertberichtigungen hinaus keine außerplanmäßigen Abschreibungen gem. § 204 Abs. 1 Z 2 UGB erforderlich.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht des § 208 Abs. 2 UGB, wonach ein niedrigerer Wertansatz auch bei Wegfall der Gründe einer Abschreibung beibehalten werden darf, wird nicht Gebrauch gemacht. Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens ergeben sich folgende stille Reserven (ohne Berücksichtigung von dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Buchwert	53.567.803,81	112.298.551,45
Beizulegender Zeitwert	56.364.857,25	119.008.382,09
Stille Reserven	2.797.053,44	6.709.830,64

4.4.1. Ermittlung beizulegender Zeitwert

Allgemein können die Methoden für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes in folgende drei Kategorien eingeteilt werden:

Level 1: Es existieren quotierte Preise auf einem aktiven Markt für idente Finanzinstrumente. In dieser Kategorie werden Bid Quotes für Aktiva aus Bloomberg oder Reuters herangezogen.

Level 2: Die Inputfaktoren für die Bewertung lassen sich am Markt beobachten. In diese Kategorie fallen folgende Preisbestimmungsmethoden:

- Preisbestimmung aufgrund Benchmark-Anleihen (ähnliche Papiere)
- Preisbestimmung aufgrund vom Markt abgeleiteter Spreads (Benchmark-Spreads)

Level 3: Die Inputfaktoren lassen sich nicht am Markt beobachten. Darunter fallen vor allem Preise, die vorwiegend auf Expertenschätzungen beruhen.

Die Unterschiedsbeträge zwischen den beizulegenden Werten und den Buchwerten für Level 2- und Level 3-Wertpapiere entwickelten sich wie folgt:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Level 2		
Beizulegender Wert	865.299.991,77	920.596.339,14
Buchwert	838.614.523,77	906.526.858,21
Unterschiedsbetrag	26.685.468,00	14.069.480,93
Level 3		
Beizulegender Wert	1.024.541.153,24	1.098.643.315,90
Buchwert	976.595.872,05	1.078.125.117,04
Unterschiedsbetrag	47.945.281,19	20.518.198,86

4.5. Beteiligungen

Die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

4.6. Sachanlagen

Im Anlagenspiegel sind Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Kunstgegenstände ausgewiesen. Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt mit den um die planmäßigen Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten. Auf Kunstgegenstände wird keine planmäßige Abschreibung vorgenommen.

4.7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

4.8. Verbriefte Verbindlichkeiten

Agio-/Disagioträge sowie bis zum Geschäftsjahr 2002 aktivierte Emissionskosten und Zuzahlungsprovisionen werden auf die Laufzeit der Schuld linear verteilt. Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Disagio/Agio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente linear über die Laufzeit ins Zinsergebnis verteilt.

4.9. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

4.10. Credit Default Swaps

Credit Default Swaps (CDS) werden je nach Vertragsgestaltung als Derivat oder als Eventualverbindlichkeit behandelt:

- CDS-Verträge, bei denen Zahlungen von der Änderung von Bonitätsrating/-index oder einem Kreditrisikoaufschlag abhängig sind (Trigger):
Behandlung als Derivat; Einzelbewertung und Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe eines allfälligen negativen beizulegenden Zeitwertes zum Bilanzstichtag. Positive beizulegende Zeitwerte werden nicht berücksichtigt; das strenge Niederstwertprinzip wird beibehalten.
- CDS ohne Trigger:
Behandlung als Eventualverbindlichkeit; Bildung von Drohverlustrückstellungen – analog der Methodik für Einzelwertberichtigungen – nach dem zu erwarteten Verlust.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger.

Für CDS-Buy-Positionen, die zur Absicherung von CDS-Sell-Positionen abgeschlossen wurden, wird im Falle von negativen Marktwerten bzw. aufgrund von durch den Hedge fixierten negativen Spreads eine Drohverlustrückstellung gebildet.

4.11. Derivate

Swap-Geschäfte werden in der KF überwiegend zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen, wobei die Absicherung entweder auf Einzelgeschäftsebene (Bilanzierung als Bewertungseinheit) oder durch Steuerung auf Gesamtbankebene (Bilanzierung als Makro-Hedge) erfolgt. Für Derivate, die weder als Bewertungseinheit noch als Makro-Hedge abgeschlossen werden, gilt das Prinzip der Einzelbewertung, wonach bei einem negativen beizulegenden Zeitwert am Abschlussstichtag eine Drohverlustrückstellung gebildet und unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird.

- Bewertungseinheiten
Für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Bewertungseinheiten) enthält die AFRAC-Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ (Stand Dezember 2012) Vorschriften, um wirtschaftlich ungerechtfertigte Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung aus der unterschiedlichen Bewertung von abgesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten zu vermeiden. Grundgeschäfte sind einzelne bilanziell erfasste fix verzinste Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie schwebende Geschäfte, die im Zeitpunkt der Widmung bereits abgeschlossen sind. Ziel der Regeln zu

Bewertungseinheiten ist es, die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der abgesicherten Geschäfte weitgehend kompensierend zu erfassen. Um die Regelungen für Bewertungseinheiten anwenden zu dürfen, muss der Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhanges zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft erbracht werden. Als effektiv gilt eine Sicherungsbeziehung, wenn sich die Ergebnisse aus dem Sicherungsinstrument und die gegenläufigen Ergebnisse aus dem gesicherten Grundgeschäft – bezogen auf das gesicherte Risiko – in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % ausgleichen. Die Einhaltung der Voraussetzungen wird in der KF durch prospektive (Abgleich der den Marktwert bestimmenden Komponenten) und retrospektive Effektivitätstests überprüft. Beim prospektiven Effektivitätstest werden alle Parameter des Grundgeschäfts und des Absicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, verglichen bzw. überprüft, ob der abgesicherte beizulegende Zeitwert der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Beim retrospektiven Effektivitätstest wird überprüft, ob der abgesicherte beizulegende Zeitwert der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) zwischen zwei Vergleichsstichtagen in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Die Sicherungsgeschäfte werden in der KF bis zum Laufzeitende der Grundgeschäfte abgeschlossen.

- Makro-Hedge

Zinsderivate, welche der Steuerung des Zinsrisikos des Bankbuchs bzw. eines klar abgegrenzten Teilbestands dienen (Makro-Hedge), werden im Sinne des „FMA-Rundschreibens zu Rechnungslegungsfragen bei Zinssteuerungsderivaten und zu Bewertungsanpassungen bei Derivaten gemäß § 57 BWG“ (Stand Dezember 2012) bilanziert. Dabei werden – als Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung – gegenläufige, zinsinduzierte Ertragseffekte oder Wertsteigerungen aus den abgesicherten Grundgeschäften bei der Beurteilung eines Rückstellungsbedarfs berücksichtigt. Werden negative Swapmarktwerte am Bilanzstichtag nicht vollständig durch die gegenläufigen, zinsinduzierten Ertragseffekte der Grundgeschäfte kompensiert, so erfolgt für den verbleibenden negativen Wert die Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Ausgangspunkt für Steuerungs- und Risikobegrenzungsentscheidungen für das Zinsänderungsrisiko sind die Barwertsensitivitäten aller zinstragenden Positionen der Bank gegenüber Zinsänderungen. Das Zinsrisiko wird in Form von Gap- und Sensitivitätsanalysen in verschiedenen Szenarien und jährlichen Laufzeitbändern transparent dargestellt. Auf Grundlage dieser Information erfolgt die Aussteuerung und Begrenzung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene und wird die Widmung eines Steuerungsinstrumentes beschlossen.

Die Überprüfung der quantitativen Eignung des Derivats als Instrument zur Absicherung und Begrenzung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfolgt bei Abschluss eines neuen Zinsderivats durch einen prospektiven Test der Hedgewirkung mittels Szenarioanalysen. Dabei wird das Barwertrisiko der Gesamtposition sowie je Währung für einen Parallel-Shift und für zwei Drehungsszenarien (steiler – flacher) quantifiziert.

Aufgrund ihres Ausnahmeharakters ist die Anwendung dieser Bewertungsmethode an die Einhaltung formeller und materieller Bedingungen geknüpft, unter anderem:

- Vorliegen eines Absicherungsbedarfs hinsichtlich der Festzinzlücken
- Bestehen einer Absicherungsstrategie und Nachweis der Einhaltung dieser Strategie
- qualitative Eignung des Derivats als Sicherungsinstrument

Die genannten Voraussetzungen werden von der KF erfüllt und dokumentiert.

Die mit den Swapkontrakten verbundenen Zinsansprüche werden laufzeitkonform abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung brutto dargestellt. Zahlungen, die zum Ausgleich für nicht marktconforme Vertragsbestimmungen geleistet werden, werden laufzeitkonform abgegrenzt.

Die Bewertung der Derivate erfolgt durch ein internes Bewertungsmodell auf Grundlage der Discounted Cash-flow-Methode unter Berücksichtigung aktueller Zins- und Basisspreadkurven. Eingebettete Optionen werden mithilfe marktüblicher Optionsbewertungsmodelle bewertet. Bei der Bewertung zinsreagibler Produkte mit

variablen Indikatoren werden abhängig vom Indikator (z. B. 3-Monats-Libor, 12-Monats-Libor) Zinskurven mit unterschiedlichen Basis-Spread-Aufschlägen verwendet. Diese beziehen sich auf den jeweiligen Indikator und werden zur Ableitung von Forward Rates zur Cashflow-Ermittlung herangezogen. Bei Derivaten mit mehreren Währungen (z. B. Cross Currency Swaps) wird zusätzlich zur Adaption der Forwards durch Basis-Swap-spreads eine Cross Currency-Basis entsprechend marktüblicher Standards angesetzt. Auf Basis geänderter Marktusancen werden seit 2013 für die Diskontierung der Cashflows von OTC-Derivaten OIS-Kurven (Overnight Index Swaps) anstatt bisher üblicher LIBOR-Kurven verwendet. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten wird zusätzlich das Kontrahentenrisiko (Credit Value Adjustment – CVA) berücksichtigt. CVA ist die Anpassung des Barwerts eines OTC-Derivats bezogen auf die Bonität des Kontrahenten und wird vom Barwert des Derivats abgezogen. Die Ermittlung des CVA erfolgt für alle Derivate ohne täglichen Besicherungstausch (bilaterale tägliche Cash Collateral Margin Calls) auf Kontrahentenebene auf Basis der Current Exposure-Methode. Aufgrund von Unwesentlichkeit wurde zum 31. Dezember 2013 keine Rückstellung vorgenommen. Auf die mögliche Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos (Debt Valuation Adjustment) wird aus konservativen Gesichtspunkten verzichtet.

5. Erläuterungen zur Bilanz

5.1. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

In diesem Posten werden Wertpapiere öffentlicher Stellen, die bei der EZB refinanzierbar sind, ausgewiesen.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 1.500.031.046,43 (31.12.2012: EUR 1.592.426.978,12) dem Anlagevermögen sowie EUR 1.645.772,40 (31.12.2012: EUR 9.345.152,64) dem Umlaufvermögen gewidmet.

In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten.

Von den Schuldtiteln öffentlicher Stellen werden im Jahr 2014 Werte in Höhe von EUR 95.200.000,00 (2013: EUR 61.300.000,00) fällig.

5.2. Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals)	1.616.371.850,75	2.463.636.551,67
Nicht börsennotierte Wertpapiere	146.376.336,35	370.680.750,50
Darlehen	28.863.229,36	40.960.495,06
Guthaben bei Kreditinstituten	28.337.944,89	27.781.137,13
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-59.129.415,46	-42.200.000,00
Summe	1.760.819.945,89	2.860.858.934,36
davon Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
davon Forderungen aus Wechsel	0,00	0,00
davon Nachrangige Forderungen	19.835.302,94	19.834.373,81

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 1.100.038.988,47 ist im Wesentlichen auf die Reduktion der Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals) und den Abgang von Wertpapieren und Darlehen zurückzuführen.

Die Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG beträgt insgesamt EUR 59.129.415,46 (31.12.2012: EUR 64.000.000,00) und ist im Jahr 2013 zur Gänze in der Position Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2012: in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere) enthalten.

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Forderungen	1.620.616.475,98	2.331.651.412,87
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	26.457.130,08	178.948.918,26
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	24.758.023,46	23.244.750,87
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	129.803.493,71	328.617.404,38
d) Mehr als 5 Jahre	18.314.238,12	40.596.447,98
	199.332.885,37	571.407.521,49
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-59.129.415,46	-42.200.000,00
Summe	1.760.819.945,89	2.860.858.934,36

5.3. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Nicht börsennotierte Wertpapiere	1.554.549.268,08	1.787.299.853,95
Darlehen	702.903.678,41	820.322.983,25
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals)	44.438.434,60	179.702.366,39
Einzelwertberichtigungen	0,00	-4.521.130,33
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-763.905,61	-822.946,42
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-17.800.000,00
Summe	2.301.127.475,48	2.764.181.126,84
davon Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
davon Forderungen aus Wechsel	8.115.509,75	13.261.037,65

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Forderungen	167.393.165,88	179.807.647,47
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	21.604.131,68	36.096.813,09
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	51.180.644,41	94.392.027,44
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	208.585.523,88	279.695.247,46
d) Mehr als 5 Jahre	1.853.127.915,24	2.192.812.337,80
	2.134.498.215,21	2.602.996.425,79
Pauschale Einzelwertberichtigung	-763.905,61	-822.946,42
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-17.800.000,00
	-763.905,61	-18.622.946,42
Summe	2.301.127.475,48	2.764.181.126,84

5.4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	969.143.398,79	1.238.295.742,38
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-3.000.000,00
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-13.669,36	-7.700,50
	969.129.729,43	1.235.288.041,88
Wertpapiere von anderen Emittenten	1.292.156.956,58	1.641.640.409,62
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	0,00	-1.000.000,00
Pauschale Einzelwertberichtigungen	0,00	-71.273,70
	1.292.156.956,58	1.640.569.135,92
Summe	2.261.286.686,01	2.875.857.177,80
davon Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
davon Nachrangige Forderungen	10.989.579,98	11.498.539,68
davon Eigene Emissionen	0,00	11.605.519,46

Alle in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Papiere sind börsennotiert.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 2.193.430.521,91 (31.12.2012: EUR 2.714.882.062,70) dem Anlagevermögen sowie ein Volumen von EUR 83.059.238,40 (31.12.2012: EUR 135.909.181,80) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2014 Werte in Höhe von EUR 121.931.777,96 (2013: EUR 99.247.647,16) fällig.

5.5. Beteiligungen

Die KF hält Beteiligungen an der inaktiven SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 23.000,00 und an der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 70,00. Die Zusammensetzung der Beteiligungen einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist Anlage 1 zu entnehmen.

5.6. Sachanlagen

Die Entwicklung der Sachanlagen wird im Anlagenspiegel (Anlage 2) dargestellt.

5.7. Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet folgende Posten:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch	102.155.309,42	162.341.800,04
Zinsabgrenzungen von Derivaten im Bankbuch	75.887.339,03	99.888.876,21
Abgrenzungen von CDS-Gebühren	5.977.456,01	20.683.894,70
Sonstiges	413.562,48	2.386.839,38
Summe	184.433.666,94	285.301.410,33
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	82.266.636,18	122.934.670,00

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie negative Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, gegenüber. Die offene Fremdwährungsposition der KF wird laufend überwacht und ist eng limitiert, sodass es keine wesentlichen Währungskursrisiken gibt.

5.8. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten folgende Positionen:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	32.903.739,29	10.434.680,36
Aktivierete Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen	4.173.423,30	9.155.837,90
Sonstiges	240.933,89	342.036,70
Summe	37.318.096,48	19.932.554,96

5.9. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	116.243.848,85	212.969.868,69
Sonstige Verbindlichkeiten		
a) Bis 3 Monate	822.444.430,24	532.950.550,34
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	310.983.231,20	1.231.353.765,48
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	327.197.179,69	868.592.587,97
d) Mehr als 5 Jahre	0,00	130.000.000,00
	1.460.624.841,13	2.762.896.903,79
Summe	1.576.868.689,98	2.975.866.772,48

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

5.10. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	24.572.959,53	5.695.337,06
Sonstige Verbindlichkeiten		
a) Bis 3 Monate	226.981.847,26	183.472.741,14
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	111.405.976,29	95.187.026,98
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	25.378.870,27	22.579.202,67
d) Mehr als 5 Jahre	32.889.444,64	52.354.807,30
	396.656.138,46	353.593.778,09
Summe	421.229.097,99	359.289.115,15

In der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

5.11. Verbriefte Verbindlichkeiten

In der Position begebene Schuldverschreibungen sind staatsgarantierte Eigenemissionen mit einem Gesamtnominale von EUR 1.238.197.900,00 (31.12.2012: EUR 2.327.040.842,00) enthalten, die unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben wurden. Im Geschäftsjahr 2013 fielen dafür Aufwendungen für Haftungsentgelte in Höhe von EUR 17.050.524,66 (2012: EUR 40.179.432,14) an.

Weiters sind unter den anderen verbrieften Verbindlichkeiten staatsgarantierte Commercial Papers in Höhe von EUR 1.892.889.928,22 (31.12.2012: EUR 2.565.079.475,51) enthalten, die unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) begeben wurden. Für diese fielen im Geschäftsjahr 2013 Haftungsentgelte in Höhe von EUR 15.106.057,22 (2012: EUR 17.627.912,80) an.

Im Jahr 2014 werden von den begebenen Schuldverschreibungen Nominalwerte in Höhe von EUR 1.265.000.000,00 (2013: EUR 1.076.000.000,00), von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten EUR 3.721.543.622,47 (2013: EUR 3.809.656.900,96) fällig.

Es bestehen, unverändert zum Vorjahr, keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

5.12. Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende Positionen enthalten:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Zinsabgrenzungen von Derivaten	133.843.497,24	159.463.148,33
Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch	59.356.098,18	72.247.346,92
Abgrenzung Haftungsprovisionen an die Republik Österreich	4.666.957,58	14.690.646,38
Sonstige	3.952.418,60	4.963.828,34
Summe	201.818.971,60	251.364.969,97
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	142.294.875,78	178.006.451,18

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie positive Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen werden, gegenüber. Die offene Fremdwährungsposition der KF wird laufend überwacht und ist eng limitiert, sodass es keine wesentlichen Währungskursrisiken gibt.

5.13. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten Folgendes:

in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	114.672.589,97	168.196.628,79
Gesellschafterzuschuss für CDS-Abbau aus Dezember 2013	17.418.310,11	0,00
Über die Laufzeit abgegrenzte CDS-Gebühren	153.976,44	811.776,22
Sonstiges	5.311.565,15	2.053.873,16
Summe	137.556.441,67	171.062.278,17

Die KF erhielt, wie unter Punkt 2 erwähnt, einen Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich, um den durch risikominimierende Abbaumaßnahmen des CDS-Portfolios erhöhten Kapitalbedarf auszugleichen. Der Gesellschafterzuschuss wurde 2013 in Höhe des GuV-wirksamen Abbauverlusts unter Berücksichtigung einer Drohverlustrückstellung für die negativen Marktwerte der für 2014 zum Abbau vorgesehenen CDS-Positionen als ertragswirksamer Aufwandszuschuss verwendet. Der Restbetrag von EUR 17.418.310,11 wird bis zum Abschluss der Abbaumaßnahmen als passiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

5.14. Rückstellungen

Die Rückstellungen zum 31. Dezember 2013 betragen EUR 194.293.991,59 (31.12.2012: EUR 150.618.885,54). Als wesentliche Posten sind die Rückstellung für zum Abbau vorgesehene CDS-Positionen in Höhe von EUR 91.106.261,68 (31.12.2012: EUR 0,00) und Rückstellungen in Höhe von EUR 39.954.740,51 (31.12.2012: EUR 54.839.123,47) im Zusammenhang mit Zinssteuerungsderivaten (insbesondere für Makro-Swaps und nicht mehr effektive Zinsabsicherungsswaps) zu nennen.

5.15. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Deckung besonderer bankgeschäftlicher Risiken aus Gründen der Vorsicht hat die KF den Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von EUR 95.000.000,00 (31.12.2012: EUR 95.000.000,00) dotiert.

5.16. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen sich per 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz zum Stichtag in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
XS0286975973	0,418	28.02.2017	EUR	40.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0140045302	6,08	13.12.2018	EUR	19.500.000,00	Emittent	nein
XS0255270380	6,848	07.06.2021	EUR	5.000.000,00	nein	nein
XS0144772927	6,46	27.03.2022	EUR	5.000.000,00	Emittent	nein
XS0185015541	5,43	13.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	nein
AT0000441209	5,0	27.02.2024	EUR	19.000.000,00	Emittent	nein
XS0279423775	4,44	20.12.2030	EUR	35.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0257275098	4,9	23.06.2031	EUR	10.000.000,00	nach Wahl des Emittenten am 23.06.2016	nein
				153.500.000,00		

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen des § 23 Abs. 8 BWG a.F.

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

5.17. Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital stellt sich per 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz zum Stichtag in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
XS0284217709	4,26	08.02.2019	EUR	7.583.000,00	nein	nein
XS0270579856	3,016	25.10.2021	EUR	18.957.500,00	Emittent	nein
				26.540.500,00		

Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des § 23 Abs. 7 BWG a.F. Aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses vor Rücklagenbewegung erfolgt gemäß Emissionsbedingungen und vertraglicher Regelungen 2014 keine Zahlung von gewinnabhängigen Kupons. Entsprechende Ad-hoc-Mitteilungen gem. § 48 d Börsengesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert. Auf diese Ad-hoc-Mitteilungen wird explizit verwiesen. Für diese Zinskupons wird in der Bilanz keine Verbindlichkeit angesetzt.

Zum Bilanzstichtag sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

5.18. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beläuft sich zum 31. Dezember 2013 unverändert zum Vorjahr auf EUR 389.000.000,00 und ist in 3.890.000 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf Inhaber; jede Stückaktie repräsentiert einen Anteil von EUR 100,00 am Grundkapital. Die Republik Österreich hält alle Stückaktien.

Es gibt keine ausgegebenen und nicht voll eingezahlten Anteile und keine genehmigten Anteile. Zum 31. Dezember 2013 und während des Geschäftsjahres befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand der KF.

5.19. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG a.F.

Zum Bilanzstichtag beträgt die Haftrücklage unverändert zum Vorjahr EUR 76.091.088,46.

6. Posten unter der Bilanz

6.1. Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen CDS-Sell-Positionen im Nominale von EUR 2.456.008.995,57 (31.12.2012: EUR 7.001.742.871,83). Weiters bestehen Absicherungspositionen (CDS-Buy) von EUR 577.854.816,63 (31.12.2012: EUR -1.008.886.333,95); der Nettobestand an CDS beträgt somit zum 31. Dezember 2013 EUR 1.878.154.178,94 (31.12.2012: EUR 5.992.856.537,88).

Der CDS-Bestand entwickelte sich wie folgt:

in EUR 1.000	Nominalbeträge 31.12.2012	Abbau/Ablauf	FX-Änderungen	Nominalbeträge 31.12.2013
CDS-Sell	7.001.742.871,83	-4.465.020.919,56	-80.712.956,70	2.456.008.995,57
CDS-Buy	-1.008.886.333,95	406.414.279,21	24.617.238,11	-577.854.816,63
Summe	5.992.856.537,88	-4.058.606.640,35	-56.095.718,59	1.878.154.178,94

Der CDS-Bestand weist folgende Marktwerte auf:

in EUR 1.000	Marktwerte 31.12.2013	Marktwerte 31.12.2012
CDS-Sell	-76.578.018,46	-367.392.601,06
CDS-Buy	-8.387.921,38	-26.398.097,40
Summe	-84.965.939,84	-393.790.698,46

Für die negativen Marktwerte (zuzüglich bilanziell abgegrenzter CDS-Gebühren) der 2014 zum Abbau vorgesehenen Positionen wurde zum 31. Dezember 2013 eine Drohverlust-Rückstellung gebildet.

Alle CDS sind unter ISDA-Verträgen abgeschlossen. Weiters bestehen mit den Vertragsparteien Credit Support Annex-Agreements (CSA-Agreements), nach denen die Verträge auf täglicher Basis bewertet und mittels Collateral-Zahlungen besichert werden.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger, weshalb diese gemäß UGB als Eventualverbindlichkeiten behandelt werden. Bei sämtlichen, nicht zum Abbau vorgesehenen CDS, wurde die Wahrscheinlichkeit einer drohenden Inanspruchnahme geprüft und analysiert. Auf Basis dieser Analysen waren keine Vorsorgen erforderlich.

Weiters werden unter den Eventualverbindlichkeiten Haftungskredite von EUR 200.172.456,19 (31.12.2012: EUR 208.141.704,99) ausgewiesen.

6.2. Kreditrisiken

Zum 31. Dezember 2013 bestanden wie im Vorjahr keine offenen Rahmen und Promessen aus dem laufenden Kreditgeschäft.

7. Ergänzende Angaben

7.1. Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höh€ von EUR 3.185.594.910,81 (31.12.2012: EUR 3.774.918.389,15) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 2.145.365.284,91 (31.12.2012: EUR 2.191.917.662,84). Offene Währungspositionen werden über entsprechende Swap-Kontrakte geschlossen.

7.2. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte im Bankbuch eingegangen (beizulegende Zeitwerte inklusive Zinsabgrenzungen):

31.12.2013 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	10.908.497.428	529.922.987	-1.574.260.957
davon in Makro-Hedge	5.474.229.126	468.711.887	-512.442.146
davon in Bewertungseinheit	4.624.138.261	37.319.573	-1.042.786.543
Zins-/Währungsswaps	729.765.878	18.274.744	-276.241.847
davon in Makro-Hedge	109.456.955	17.166.695	-17.166.695
davon in Bewertungseinheit	620.308.923	1.108.049	-259.075.151
Währungsswaps	989.899.592	994.653.624	-989.643.281
Gekaufte Optionen	1.000.000.000	237.469.190	0
Verkaufte Optionen	-1.000.000.000	0	-237.469.190
CDS	0	0	0
Summe	12.628.162.897	1.780.320.545	-3.077.615.274

31.12.2012 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	13.888.808.006	772.702.067	-2.405.753.001
davon in Makro-Hedge	6.902.138.463	701.218.206	-781.806.765
davon in Bewertungseinheit	6.406.669.543	71.483.861	-1.598.427.003
Zins-/Währungsswaps	1.101.577.874	77.374.044	-288.204.943
davon in Makro-Hedge	110.489.372	20.032.718	-20.032.718
davon in Bewertungseinheit	991.088.502	57.341.326	-268.172.225
Währungsswaps	1.494.680.983	1.509.940.574	-1.493.833.004
Gekaufte Optionen	1.000.000.000	382.022.303	0
Verkaufte Optionen	-1.000.000.000	0	-382.022.303
CDS	0	0	0
Summe	16.485.066.864	2.742.038.988	-4.569.813.252

In der Bilanz sind Zinsabgrenzungen, Fremdwährungsbewertungen sowie abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften in Höhe von EUR 210.958.109,08 (31.12.2012: EUR 272.690.296,90) unter den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ sowie den „Rechnungsabgrenzungsposten“ auf der Aktivseite und von EUR 308.040.183,03 (31.12.2012: EUR 401.018.295,91) unter den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ sowie den „Rechnungsabgrenzungsposten“ auf der Passivseite enthalten. Weiters sind Rückstellungen in Höhe von EUR 39.954.740,51 (31.12.2012: EUR 54.839.123,47) im Zusammenhang mit Derivaten erfasst, davon entsprechen EUR 14.956.812,30 (31.12.2012: EUR 28.365.527,81) der Drohverlustrückstellung für Makro-Swaps:

in EUR	Beizulegender Zeitwert Makro-Swaps	Zinsbarwerte Grundgeschäfte	Rückstellung
EUR	-36.940.065	26.016.652	-10.923.413
USD	-10.018.751	5.985.352	-4.033.399
GBP	2.029	0	0
			-14.956.812

Zum 31. Dezember 2012 stellte sich die Drohverlustrückstellung für Makro-Swaps wie folgt dar:

in EUR	Beizulegender Zeitwert Makro-Swaps	Zinsbarwerte Grundgeschäfte	Rückstellung
EUR	-55.524.291	34.448.241	-21.076.050
USD	-22.144.160	15.979.260	-6.164.900
GBP	-1.124.578	0	-1.124.578
CAD	-15.576	53.988	0
			-28.365.528

7.3. Total Return Swaps (TRS)

In der Bilanz sind Wertpapiere enthalten, welche zivilrechtlich an Drittparteien gegen Hereinnahme von Liquidität verkauft wurden, das zugrundeliegende Risiko jedoch über eine CDS-Struktur bei der KF verbleibt, weshalb keine Ausbuchung erfolgt ist. Die Wertpapiere bzw. die erhaltene Liquidität sind in der Bilanz in folgenden Posten enthalten:

Buchwerte in EUR	31.12.2013	31.12.2012
Schuldtitel öffentlicher Stellen	148.986.764,89	227.497.405,64
Forderungen an Kreditinstitute	0,00	189.057.103,20
Forderungen an Kunden	0,00	267.101.802,36
Schuldverschreibungen anderer Emittenten	0,00	229.865.892,06
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	86.205.410,80	193.389.578,79
Summe AKTIVA	235.192.175,69	1.106.911.782,05
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	170.255.528,97	1.001.053.663,89
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	64.368.314,91	66.034.009,97
Summe PASSIVA	234.623.843,88	1.067.087.673,86

7.4. Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten betragen im Berichtsjahr 2013 EUR 6.185.151,05 (2012: EUR 7.208.133,32).

7.5. Rechtsstreitigkeiten

Die KF wurde von zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien wegen angeblich unberechtigter vorzeitiger Auflösung ihrer Vorstandsverträge auf Kündigungsentschädigung geklagt. Das finanzielle Risiko liegt jeweils bei rund EUR 3 Mio. zuzüglich Zinsen. In diesen Verfahren hat die KF jeweils eine Widerklage wegen Schadenersatz eingebracht. Die KF rechnet nicht mit einer Leistung aus diesen Verfahren. Unabhängig von diesen Verfahren hat die KF zur Wahrung möglicher Schadenersatzansprüche Klage gegen drei ehemalige Vorstandsmitglieder sowie drei ehemalige Aufsichtsratsmitglieder vor dem Handelsgericht Wien sowie eine Klage gegen zwei ehemalige Mitarbeiter vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien eingebracht. Neben diesen Verfahren werden staatsanwaltliche Untersuchungen u. a. gegen vormalige Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter durchgeführt, wobei Ende des Jahres 2013 Anklage gegen zwei ehemalige Vorstandmitglieder und zwei ehemalige Mitarbeiter erhoben wurde. Die KF hat sich diesem Verfahren als Privatbeteiligte angeschlossen.

Ein Investor in Zertifikaten, die vor der Kapitalherabsetzung durch Tier 1-Instrumente (Partizipationskapital) der KF gedeckt waren, hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter auch gegenüber der KF eingeleitet. Bei den Tier 1-Instrumenten handelte es sich um Partizipationskapital, welches gemäß § 23 BWG a.F. voll verlusttragend ist, das ursprünglich von der KA alt begeben worden war und im Zuge der Spaltung zwischen der KF und der KA aufgeteilt wurde.

Ein ehemaliger Inhaber von Partizipationskapital der KF hat Klagen gegen die Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 sowie den Aufteilungsschlüssel des Partizipationskapitals bei der Spaltung der KA alt im Jahr 2009 eingebracht. Ein Investor in ein Genussrecht der vormaligen KIB hat zudem Klage gegen die Abschichtung im Rahmen der Verschmelzung der KIB auf die KF eingebracht.

In allen obigen Fällen werden alle erforderlichen Schritte zur Abwehr der erhobenen Einwendungen und Ansprüche gesetzt. Die Organe der Gesellschaft sind der Meinung, dass die erhobenen Einwendungen und Ansprüche in den obigen Verfahren unbegründet sind.

7.6. Sonstige Verpflichtungen

7.6.1. Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der KA vom 17. November 2009 verzichtete die KA gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1,0 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein wurde am 30. Dezember 2011 von der KA an die Republik Österreich übertragen und sichert dieser vorrangige Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen bzw. künftigen Liquidationserlösen der KF im Ausmaß des ursprünglichen Verzichts Betrags von EUR 1.000.000.000,00 zuzüglich Zinsen (Gesamtstand 31.12.2013: 1.190.656.502,26) zu.

7.6.2. Spaltung

Aufgrund der vom SpaltG normierten gesamtschuldnerischen Haftung haftet die KF für Verbindlichkeiten, die bis zur Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch entstanden sind und als dem Kernbankgeschäft zugeordnete Verbindlichkeiten auf die KA abgespalten wurden, bis zur Höhe des ihr im Rahmen der Spaltung zugewiesenen Nettoaktivvermögens.

7.6.3. Haftungsentgelte an die Republik Österreich

Die Bürgschaft der Republik Österreich für wertberichtigte Forderungen der KF beträgt per 31. Dezember 2013 EUR 5.712.841,49 (31.12.2012: EUR 82.301.349,82). Für die Haftungsübernahme hat die KF ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a. an die Republik Österreich zu entrichten.

Weiters leistet die KF Haftungsentgelte für staatsgarantierte Eigenemissionen und ein staatsgarantiertes CP-Programm an die Republik Österreich (siehe Punkt 5.11. Verbriefte Verbindlichkeiten).

7.6.4. Sonstige Verpflichtungen

Die KF ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, verpflichtet.

Aufgrund von Mietverträgen ergeben sich im Jahr 2014 Verpflichtungen in Höhe von EUR 114.000,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2015 bis 2019 betragen voraussichtlich EUR 627.000,00.

7.7. Als Sicherheiten gegebene Vermögensgegenstände

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder andere Gläubiger verpfändet.

Als Sicherheiten für negative Marktwerte aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen wurden Guthaben bei Kreditinstituten mit einem Nominale von EUR 1.616.126.478,13 (31.12.2012: EUR 2.463.109.870,73) gestellt. In den Forderungen an Kunden (Nichtbank-Finanzinstitute) sind gegebene Barsicherheiten für negative Marktwerte aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen mit einem Nominale von EUR 44.431.000,00 (31.12.2012: EUR 179.690.000,00) enthalten. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind erhaltene Barsicherheiten für positive Marktwerte mit einem Nominale von EUR 116.224.000,00 (31.12.2012: EUR 212.942.715,64) enthalten. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind keine erhaltenen Barsicherheiten (31.12.2012: Nominale von EUR 5.695.000,00) ausgewiesen.

Im Rahmen der Teilnahme am EZB-Tender sowie von Pensionsgeschäften wurden zum 31. Dezember 2013 Wertpapiere und Darlehen mit einem gesperrten Belehnungs- bzw. Buchwert von EUR 1.323.791.687,10 (31.12.2012: EUR 2.097.150.256,51) als Sicherheit hinterlegt.

7.8. Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine aktivierungsfähigen aktiven, latenten Steuern vorhanden. Der zum Bilanzstichtag vorhandene steuerliche Verlustvortrag beträgt EUR 2.730.559.644,97 (31.12.2012: EUR 2.488.242.265,22).

8. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. Darstellung der wesentlichen GuV-Positionen

8.1.1. Zinsergebnis

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2013	2012
Kreditgeschäft	92.127.714,78	108.947.183,60
Bankveranlagungen	19.123.609,31	26.303.615,73
Festverzinsliche Wertpapiere	150.464.352,45	203.060.691,24
Swap-Ertrag	219.250.924,31	349.838.816,62
Summe Zinserträge	480.966.600,85	688.150.307,19

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in EUR	2013	2012
Mit Banken	-26.431.258,01	-68.160.070,28
Mit Nichtbanken	-2.747.621,53	-5.366.483,04
Eigene Emissionen	-63.693.235,00	-112.118.271,57
Swap-Aufwand	-401.260.073,16	-545.997.603,19
Summe Zinsaufwendungen	-494.132.187,70	-731.642.428,08
Summe Zinsergebnis	-13.165.586,85	-43.492.120,89

Das Zinsergebnis hat sich im Jahr 2013 verbessert, verblieb jedoch negativ. Die Verbesserung ist insbesondere auf signifikant reduzierte Refinanzierungsvolumina (infolge von Portfolioabbau und niedrigeren Collateral-erfordernissen) und auf geringere Liquiditätskosten, v. a. infolge der EZB-Zinspolitik, zurückzuführen.

Die Zinsaufwendungen und -erträge aus Zinsabsicherungsswaps werden brutto in den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen gezeigt und nicht mit jenen der Grundgeschäfte saldiert.

8.1.2. Provisionsergebnis

Provisionserträge in EUR	2013	2012
Haftungsprovisionen	10.591.580,68	17.106.622,85
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	125.000,04	228.780,08
Summe Provisionserträge	10.716.580,72	17.335.402,93

Provisionsaufwendungen in EUR	2013	2012
Haftungsprovisionen	-19.350.566,46	-30.879.304,65
Wertpapiergeschäft darunter:	-43.922.625,28	-87.610.094,02
Haftungsentgelt Bundesbürgschaft	-6.839.045,77	-25.473.804,92
Haftungsentgelt für Emissionsgarantien	-17.050.524,66	-40.179.432,14
Haftungsentgelt für staatsgarantierte Commercial Papers	-15.106.054,22	-17.627.912,80
Geld- und Devisenhandel	-191.036,84	-149.556,05
Summe Provisionsaufwendungen	-63.464.228,58	-118.638.954,72
Summe Provisionsergebnis	-52.747.647,86	-101.303.551,79

Die Haftungsprovisionen enthalten insbesondere periodengerecht abgegrenzte Erträge und Aufwendungen aus CDS-Verträgen. Die im Aufwand aus dem Wertpapiergeschäft ausgewiesenen Haftungsentgelte werden an die Republik Österreich abgeführt. Die deutliche Reduktion der Haftungsentgelte gegenüber dem Vorjahr ist auf die plangemäße Tilgung von staatsgarantierten Emissionen und die Reduktion der Bundesbürgschaft zurückzuführen.

8.1.3. Erträge /Aufwendungen aus Finanzgeschäften

in EUR	2013	2012
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	15.786.769,22	-9.854.346,95

Das positive Ergebnis aus Finanzgeschäften resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung der Drohverlustrückstellung für CDS-Absicherungsverträge (CDS-Hedges), welche auf Basis des CDS-Portfolioabbaus erfolgte.

8.1.4. Verwaltungsaufwand

in EUR	2013	2012
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-16.730.392,09	-15.619.138,78
Sachaufwand	-16.730.392,09	-15.619.138,78

Die KF hat keine eigenen Mitarbeiter/innen; 15 Mitarbeiter/innen (31.12.2012: 15) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv. Zusätzlich bezieht die KF überwiegend Dienstleistungen von der KA über ein Service Level Agreement. Für die erbrachten Leistungen wurden 2013 anhand von detaillierten Zeitaufzeichnungen der Mitarbeiter/innen anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 10.167.009,40 (2012: EUR 9.852.187,56) weiterverrechnet und im Sachaufwand unter den Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

Der Sachaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	2013	2012
Dienstleistungen Dritter	-12.164.776,54	-12.479.524,09
Konsultations- und Prüfungskosten	-3.097.246,77	-1.927.405,81
Nachrichtenverkehr	-698.714,42	-675.461,10
Datenverarbeitung	-135.052,45	-111.157,24
Raumkosten	-95.495,77	-96.255,95
Sonstiger Sachaufwand	-539.106,14	-329.334,59
Summe Sachaufwand	-16.730.392,09	-15.619.138,78

Die auf die Berichtsperiode entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	2013	2012
Prüfung des Jahresabschlusses	96.000,00	96.000,00
Andere Bestätigungsleistungen	0,00	0,00
Sonstige Leistungen	52.498,00	37.487,00
	148.498,00	133.487,00

8.1.5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 753.000,00 (2012: EUR 4.300.000,00) stellen die Aufwendungen für Abschöpfungen von ungerechtfertigten Vorteilen aus GVA-Überziehungen dar. Im Geschäftsjahr 2013 wurden sämtliche GVA-Überziehungen saniert, sodass zum 31. Dezember 2013 keine Überschreitungen vorliegen.

8.1.6. Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen

Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen (Positionen 10 und 11 der GuV) setzt sich 2013 wie folgt zusammen:

in EUR	2013
Auflösung der § 57 (1) BWG-Vorsorge	4.870.584,54
Sonstiges	468.815,80
Positive Effekte	5.339.400,34
Aufwand aus Abbaumaßnahmen	-214.912.443,17
Veränderungen Impairments / Bürgschaft	-48.267.912,57
Abbau und Bewertung Zinsderivate	-6.398.404,69
Ergebnis aus der Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens	-701.002,25
Negative Effekte	-270.279.762,68
Summe Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	-264.940.362,34

Das negative Ergebnis resultiert v. a. aus den Aufwendungen aus Portfolioabbaumaßnahmen. Für 2014 erwarteten Aufwand für den CDS-Abbau wurde dabei eine Drohverlustrückstellung in Höhe von EUR 91,106.261,68 berücksichtigt. Ebenso enthalten ist der Aufwand aus Wertberichtigungen von Wertpapieren und Zinsabsicherungsswaps.

2012 stellte sich das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen wie folgt dar:

in EUR	2012
Auflösung der § 57 (1) BWG-Vorsorge	116.000.000,00
Veränderungen Impairments / Bürgschaft	4.242.914,26
Ergebnis aus der Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens	1.464.266,72
Ertrag aus vorzeitiger Tilgung Eigenemissionen	1.364.939,90
Auflösung von pauschalierten Einzelwertberichtigungen	865.341,76
Positive Effekte	123.937.462,64
Aufwand aus Abbaumaßnahmen (ohne Zinsderivate)	-12.896.739,79
Abbau und Bewertung Zinsderivate	-6.647.752,18
Sonstiges	-1.153.231,61
Negative Effekte	-20.697.723,58
Summe Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	103.239.739,06

8.1.7. Außerordentliche Erträge

in EUR	2013	2012
Außerordentliche Erträge	332.581.689,89	0,00

Wie unter Punkt 2 erwähnt, leistete die Republik Österreich im August 2013 einen Gesellschaftszuschuss in Höhe von EUR 200 Mio. zur Abdeckung der geänderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen von Basel III (i. e. CRR und CRD IV). Zusätzlich wurde im Dezember 2013 ein EUR 150 Mio.-Gesellschafterzuschuss gewährt, um im Wesentlichen die Abbaukosten aus dem CDS-Portfolio zu decken. Vertragsgemäß wurden die Gesellschafterzuschüsse in Höhe des ansonsten anfallenden Jahresverlustes 2013 als Aufwandszuschuss von EUR 332.581.689,89 im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. Der Restbetrag von EUR 17.418.310,11 wird bis zum Abschluss der CDS-Abbaumaßnahmen als passiver Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz ausgewiesen.

8.1.8. Steueraufwand

Der auf das Geschäftsjahr entfallende Steueraufwand in Höhe von EUR 35.160,35 betrifft neben dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der KF (EUR 5.452,00) auch nicht anrechenbare Quellensteuern.

8.2. Aufteilung der Umsatzerlöse in geografische Märkte (§ 237 UGB)

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2013	2012
Österreich	17.869.735,78	24.636.789,17
Westeuropa	217.852.467,80	315.934.745,69
Zentral- und Osteuropa	93.683.166,29	129.005.036,45
Übrige Welt	151.561.230,99	218.573.735,88
	480.966.600,85	688.150.307,19

Provisionserträge in EUR	2013	2012
Österreich	24.259,98	68.707,71
Westeuropa	4.002.373,41	6.853.457,56
Zentral- und Osteuropa	5.253.354,85	7.609.511,61
Übrige Welt	1.436.592,48	2.803.726,05
	10.716.580,72	17.335.402,93

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	2013	2012
Österreich	1.627,59	8.803,41
Westeuropa	0,00	0,00
Zentral- und Osteuropa	2.408,80	0,00
Übrige Welt	0,00	1.000.000,00
	4.036,39	1.008.803,41

9. Offenlegung gem. § 26 BWG a.F. und Offenlegungsverordnung

Entsprechend den Anforderungen des § 26 BWG a.F. und der Offenlegungsverordnung werden in einem separaten Offenlegungsbericht wesentliche qualitative und quantitative Informationen über das Institut offengelegt. Dieser ist auf der Website der KF „www.kafinanz.at“ unter „Finanzberichte“ abrufbar.

10. Angaben über Organe und Arbeitgeber

10.1. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen während des Geschäftsjahres

Seit der Spaltung 2009 verfügt die KF über keine eigenen Mitarbeiter/innen. 15 Mitarbeiter/innen (31.12.2012: 15) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv.

10.2. Gesamtbezüge an Vorstand und Aufsichtsrat

in EUR	2013	2012
Aktive Vorstandsmitglieder	0,00	0,00
Aufsichtsratsmitglieder	65.000,00	68.300,00
Frühere Vorstandsmitglieder	0,00	0,00
	65.000,00	68.300,00

Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände die KF. Bezüge in Höhe von TEUR 471.649,27 (2012: EUR 483.371,86) wurden auf Basis des Service Level Agreements von der KA an die KF weiterverrechnet und werden im Sachaufwand der KF ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2013 waren wie zum 31. Dezember 2012 keine Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KF.

10.3. Mitglieder des Vorstands

Gewählt durch den Aufsichtsrat, per 7. November 2011 auf fünf Jahre wiederbestellt:

Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender seit 7. November 2008

Dr. Helmut Urban
Mitglied des Vorstands seit 1. September 2013

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstands bis 31. August 2013

10.4. Mitglieder des Aufsichtsrats

Erstmalig gewählt durch die Hauptversammlung am 8. Jänner 2009, in der ordentlichen Hauptversammlung am 19. Mai 2011 wiedergewählt:

KR Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG) und
ehemaliger Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)

KR Adolf Wala
Vorsitzender-Stellvertreter
Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG) und
ehemaliger Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)

Dir. Mag. Werner Muhm
Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer

DI Herbert Paierl
Selbständiger Unternehmer

Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Pichler
Professor für Banken und Finanzwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien
Seit 28. Mai 2013

Dir. Mag. Georg Schöppl
Mitglied des Vorstands der Österreichischen Bundesforste AG
Bis 27. Mai 2013

Franz Hofer, MSc (vom Betriebsrat entsandt)

Brigitte Kulovits (vom Betriebsrat entsandt)
Seit 19. Oktober 2013

Mag. Marc Schimpel (vom Betriebsrat entsandt)
Seit 19. Oktober 2013

DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)
Bis 18. Oktober 2013

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)
Bis 18. Oktober 2013

10.5. Staatskommissär

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger
Staatskommissär, Bundesministerium für Finanzen,
Abteilungsleiter Sektion II Budget
Bis 28. Februar 2014

Mag. Wolfgang Nitsche
Staatskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

10.6. Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen

Mag. Andrea Delfauro-Bischof, MA
Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen
Seit 1. August 2013

Dr. Heinrich Traumüller
Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen
Bis 31. Juli 2013

Mag. Wolfgang Nitsche
Regierungskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

11. Ergebnisverwendung

Der zum 31. Dezember 2013 ausgewiesene Bilanzverlust in Höhe von EUR 156.492.661,67 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender



Dr. Helmut Urban
Mitglied des Vorstands

Wien, 25. März 2014

Zusammensetzung der Beteiligungen zum 31.12.2013

Name und Sitz in EUR 1.000	Kapitalanteil in %	Eigenkapital iSd § 224 UGB
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	0,10 %	- ¹⁾
SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien	100,00 %	- ¹⁾

1) wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt

Anlagenpiegel gemäß § 226 (1) UGB per 31.12.2013

Anlagevermögen in EUR	Anschaffungskosten				
	Stand 1.1.2013	Währungs- umrechnung	Zugänge	Abgänge	Umgliederung
Schuldtitel öffentlicher Stellen	1.571.708.014,55	-1.403.217,57	0,00	111.226.237,52	32.000.000,00
Forderungen an Kreditinstitute	344.154.214,62	-26.486.229,21	0,00	180.549.622,08	0,00
Forderungen an Kunden	1.717.358.707,79	-85.784.425,87	0,00	99.345.355,47	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.723.885.842,49	-60.626.849,90	0,00	410.561.963,90	-32.000.000,00
Beteiligungen	23.070,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	252.843,05	0,00	0,00	0,00	0,00
	6.357.382.692,50	-174.300.722,55	0,00	801.683.178,97	0,00

1) Diese Spalte enthält bei den Wertpapieren des Anlagevermögens die Zuschreibung des Unterschiedsbetrages gemäß § 56 Abs. 3 BWG.

Anschaffungskosten	Buchwert	Kumulierte Abschreibung	Periodenüberschuss nach Steuern	Letzter geprüfter Jahresabschluss
0,0	0,0	0,0	- ¹⁾	-
23,0	23,0	0,0	- ¹⁾	-

Stand 31.12.2013	Kumulierte Abschreibungen/ Zuschreibungen 2013 ¹⁾	Buchwert 31.12.2013	Buchwert 1.1.2013	Buchwerte	
				Abschreibungen 2013	Zuschreibungen 2013
1.491.078.559,47	4.350.991,43	1.486.727.568,04	1.567.461.251,35	839.363,09	406.379,13
137.118.363,32	0,10	137.118.363,22	344.680.514,77	0,12	0,04
1.532.228.926,45	9.768.492,76	1.522.460.433,69	1.694.775.049,32	3.260.559,54	42.765,72
2.220.697.028,69	64.353.371,96	2.156.343.656,73	2.714.554.111,11	55.695.445,27	1.655.446,59
23.070,00	0,00	23.070,00	23.070,00	0,00	0,00
252.843,05	182.041,61	70.801,44	71.140,46	339,02	0,00
5.381.398.790,98	78.654.897,86	5.302.743.893,12	6.321.565.137,01	59.858.677,96	2.104.591,49

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der KA Finanz AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2013 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2013, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a Abs. 2 UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a Abs. 2 UGB sind zutreffend.

PwC Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Dipl.-Kfm. Univ. Dorothea-E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

Wien, 25. März 2014

Eine von den gesetzlichen Vorschriften abweichende Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung im Sinne des § 281 Abs. 2 UGB in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form unter Beifügung unseres Bestätigungsvermerks ist nicht zulässig. Im Fall des bloßen Hinweises auf unsere Prüfung bedarf dies unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

KA Finanz AG Jahresabschluss 2013

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte **Jahresabschluss** des Unternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender



Dr. Helmut Urban
Mitglied des Vorstands

Wien, im März 2014

